

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimetergasse 40 Pf. Plagvorkosten ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 578 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Iltverband Bochum.

Gebirgschlag auf der Karsten-Zentrums-Grube in Oberschlesien. — 14 Tote.

Am 4. Januar, abends um 7 Uhr, erschütterte ein Gebirgschlag die Erde in der Umgebung von Beuthen in Oberschlesien. Die Erschütterung war deutlich in den Häusern über Tage wahrzunehmen. Niemand ahnte, daß sich in Verbindung damit tief in der Erde eine furchtbare Katastrophe abspielte. Im Bereich des Gebirgschlages arbeiteten fünfzehn Kameraden, die durch die einbrechenden Gebirgsmassen begraben wurden. Bei der eintreffenden Rettungsarbeit konnte nur noch ein Mann lebend geborgen werden. An die vierzehn Vermissten konnte man nicht herankommen.

Auch dieses Unglück beweist wieder so recht deutlich, welch gefährlichen Beruf die Bergarbeiter bekleiden. Stets von tödlichen Gefahren umlauert, sind sie bei ihrer Arbeit. Gewiß, auch in anderen Berufen gibt es Gefahren für Leben und Gesundheit. Aber hier weiß man, daß all diese Gefahren bei nötiger Vorsicht vermieden werden können. Das ist beim Bergmann anders. Ihn umlauern Gefahren, deren Größe und Gefährlichkeit er kennt, die ihm zu jeder Minute Tod und Verderben androhen, gegen die er selbst aber nicht ankämpfen kann, weil menschliche Kunst und Fähigkeit eben die Naturgewalten noch nicht in allen ihren Spielarten und Ausbruchsmöglichkeiten zu bändigen vermag.

Und das ist es gerade, was man dem Bergmann gegenüber auch besonders berücksichtigen mußte, wenn von verantwortlichen Seiten her an der Gestaltung seines Schicksals gearbeitet wird. Leider ist diese Notwendigkeit nicht im deutschen Volke lebendig. Der Bergmann wird sogar als Bürger und Arbeiter zweiter Klasse behandelt, wie besonders die letzte Notverordnung wieder beweist, worüber wir an anderer Stelle dieser Zeitung noch besonders schreiben. Und sicherlich gehen auch jetzt wieder Beileidsbriefe und Trostschriften an die Hinterbliebenen der Verunglückten nach Oberschlesien. Und sicher auch gerade von den Stellen und Personen, die nicht nur für die letzte Notverordnung verantwortlich sind, sondern sie sogar selbst ausgedacht und geschrieben haben. Wir haben die Empfindung, als ob diesmal solche Trostworte von solchen Stellen etwas deplatziert wären und insbesondere von den Bergarbeitern so gewertet würden.

Und vielleicht ist diesen Trostspendern von heute, die die Trostspender von gestern sind, auch diese ihre heutige Rolle selbst etwas unangenehm. Und vielleicht spüren sie aber auch gerade in diesem Zusammenhange, welch große Ungerechtigkeit sie mit ihrem Notverordnungsverf. an der Bergarbeiterschaft begangen haben. Der Toten ehrend gedenken und die Hinterbliebenen trösten, ist sicher eine pietätvolle schöne Sache. Aber den Lebenden schon ihr Dasein erleichtern und durch die praktische Tat beweisen, daß man ihr Schicksal zu würdigen weiß und ihre Opfer und Leiden in Diensten

der Gesamtwirtschaft gerecht zu lohnen gewillt ist, darauf kommt es in erster Linie an. Der Bergmann und seine Familie hat sich mit seinem Geschick, das ihm stündlich sein Beruf bereiten kann, abgefunden. Zur Tragik wird ihm dieses Verhältnis aber dadurch, daß er nirgends Einsicht und Anerkennung in und für sein Opfer- und gefährvolles Dasein findet. Und wir richten auch in Verbindung mit dieser Betrachtung den dringenden Ruf an alle Verantwortlichen, an die Stelle von schönen Worten des Trostes für die Opfer des Bergbaues Anerkennung und gerechte Entlohnung und Versorgung des arbeitenden Kumpels treten zu lassen und die Ungerechtigkeit der letzten Notverordnung wieder so schnell wie möglich rückgängig zu machen, damit der Bergmann sich nicht als Arbeiter zweiter Klasse zu fühlen braucht. Dieses Versprechen wären die besten Trostworte zu dem ober-schlesischen Unglück.

Ein Gebirgschlag ist etwas furchtbares. Keiner der Arbeitenden kann ihn im voraus ahnen. Es gibt eben nichts, was die drohende Gefahr anzeigen könnte. Es erfolgt nur plötzlich ein furchtbarer Knall. Die Stöße der Strecken treten heraus und drücken sich gegeneinander. Vielfach reißt sich dann zermahlene Kohle oder auch Herausbrechen ganzer Flözstücke. Die Strecken werden verquetscht, die Zünmerungen zerrieben wie Streichhölzer.

Es kann nun sein, daß von den vierzehn Eingekerkerten auf der Karsten-Zentrums-Grube hier und dort einer zufällig vom Schicksal einen Hohlraum zugewiesen bekam. Er wäre also dann nicht sofort erschlagen worden. Doch die mangelnde Luftzufuhr und austretenden Gase löschten auch bei ihm sehr bald den Lebensgeist aus.

Gebirgschläge kommen nicht überall vor. Im rheinisch-westfälischen Gebiet ist es insbesondere das Flöz Sonnenschein, das nach dieser Richtung hin sehr gefährlich ist, und auch im ober-schlesischen Bergbau sind strichweise diese Gefahren sehr groß. Auf der Unglücksgrube sind Gebirgschläge schon öfters vorgekommen, wenn auch erfreulicherweise nicht immer mit solchen großen Opfern.

Was dagegen zu tun ist? Erfahrene Bergmänner, Techniker und Physiker befassen sich schon sehr lange mit dem Problem. Es besteht darüber eine sehr reichhaltige Literatur. Ob man beim Abbau auf der Karsten-Zentrums-Grube den heute geltenden Ansichten über die Bekämpfung der Gebirgschläge Rechnung trägt, ist uns zur Zeit nicht bekannt. Warten wir das Ergebnis der Grubensicherheitskommission ab! Die Vorschläge zur Bekämpfung der Gebirgschläge gehen dahin, die Abbauart den Gebirgsverhältnissen anzupassen. Im westfälischen Bergbau liegen darüber gute Erfahrungen vor.

Scharfe Proteste der Bergarbeiter gegen die Notverordnung.

Die letzte Notverordnung hat unter der ganzen deutschen Bergarbeiterschaft ungeheure Erregung hervorgerufen. Aus allen Bergbaugebieten Deutschlands gehen uns hierüber laufend Berichte zu. Man findet die Ausnahmebehandlung der Bergarbeiter einfach unverständlich, da in der Nachkriegszeit keine Berufsgruppe so viel und so oft Sonderopfer auf sich nehmen mußte wie gerade die Bergarbeiter. Immer wurde versprochen, daß ihnen dafür wieder Genugtuung geleistet würde, wenn die Schwierigkeiten vorbei wären. Nichts von alledem! Wäre der Verband nicht gewesen, dann hätten die Bergarbeiter selbst in der Epoche vor 1929 aber auch gar nichts abbekommen, was ja die hartnäckigen Kämpfe der Bergbauunternehmer gegen jede damals erhobene Forderung unseres Verbandes bestätigten. Und heute, wo die Weltkrise die Lage wieder verschlimmert, da steht wieder alles in einer Front, um dem Bergmann die Hauptlast aufzupacken.

Die Meldungen von überall her lassen erkennen, daß die Geduld jetzt ein Ende hat. Dem Bergmann wird seine Arbeit unter den heutigen Umständen schon fast völlig gleichgültig. Und ist das ein Wunder? Wenn der Mensch sich abradert und abmüht, opferbereit und willens ist zu helfen, aber auf der anderen Seite

keine Anerkennung findet, im Gegenteil, geradezu als minderwertig unter dem Durchschnitt behandelt und bewertet wird, dann muß schließlich die Verzweiflung Platz gewinnen. Glaubt man tatsächlich, mit solcher Methode der angeblich wichtigsten Industrie dienen zu können? Es wird sich vielleicht sehr bald zeigen, daß das ein großer Trugschluß ist.

Gerade von dem „unbestechlichen Gerechtigkeitsinn“ Brünings sollte man eigentlich eine andere Einstellung zu den Bergarbeitern erwarten dürfen. Aber auch für ihn scheint die Auffassung zu gelten, daß Arbeiter nur Material sind, das man eben so behandeln kann und darf, wie es die einfache Zweckmäßigkeit empfiehlt. Beweis ist schon die Tatsache, daß sich in der Behandlung von Beamten und Arbeitern eine

Moral mit doppeltem Boden

fundig, von der die Regierung bei der Fabrizierung ihrer Notverordnung geleitet war. Wieso?

Nun, bei den armen Arbeitern hat man in der Sozialversicherung denjenigen am meisten — und das ist manchmal sehr viel — genommen, die auch am meisten bekamen. Wir denken

an die Ruhensvorschriften für einzelne Bezüge bei Bezug von mehreren Renten. Warum geht man nicht ebenso radikal vor bei den Herren Beamten? Warum werden dort nicht bei Gehalts- oder sonstigen Einkommensbezügen sämtliche Pensionsbezüge gestrichen, genau wie bei dem armen Kumpel? Warum streicht man nicht rücksichtslos bei den hohen Gehältern ein Mehrfaches als bei den niedrigen, genau wie man das bei dem armen Kumpel und der Witwe mit ihren Renten macht? Wo besteht der Unterschied zwischen „öffentlicher Belastung“ auf diesen beiden Gebieten?

Wir wollen es sagen: Hier sind es eben nur arme Arbeiter und Waisen, während es sich dort um Herren Beamte handelt. Aber die Arbeiter werden diese Methode allmählich satt! Und man täusche sich ja nicht dadurch, daß jetzt zum Beispiel

die kommunistischen Butschversuche

nirgends viel Wirkung zeitigten. Die Arbeiter folgen eben ihren gewerkschaftlichen Organisationen. Und die sind fest entschlossen, das müge man sich heute überall einprägen, zu gegebener Zeit mit der doppelten Sozialmoral aufzuräumen! Der Arbeiter darf nicht mehr länger Bürger zweiter Klasse bleiben, sondern ihm muß gleichberechtigte Behandlung zuteil werden. Und ganz besonders gilt das für den Bergarbeiter. Der Gipfelpunkt dieser ganzen doppelten Sozialmoral aber bleibt, daß man diesen Bergarbeiter noch unter seine anderen Klassenbrüder herabdrückt, statt ihn, wie es sich eigentlich gehört, etwas vorsorglicher zu behandeln. Und

die Ruhrbergarbeiter

fügen mit Recht in einer Entschliebung:

„Obwohl der frühere Reichsarbeitsminister Brauns den Grundfah aufstellte, daß die Löhne der Bergarbeiter im Hinblick auf die Schwere und Gesundheitsgefährlichkeit ihrer Arbeit an der Spitze stehen sollten, stand der Lohn des im Zeitlohn arbeitenden Ruhrbergarbeiters (Hauer) nach den Aufstellungen des ADGB im Vergleich zu anderen Berufsgruppen schon bisher an 14. bis 16. Stelle. Durch die in der Notverordnung erfolgte Herabdrückung des Bergarbeiterlohnes auf den Stand vom Jahre 1925 wird dieses Mißverhältnis noch verschlimmert und zu einem sozialen Unrecht schlimmster Art. Die Herabsetzung des Bergarbeiterlohnes auf den Stand von 1925 gefährdet die Leistungsfähigkeit des schwer arbeitenden Bergmanns in bedenklichstem Maße. Die ohne Rücksicht auf die bisherigen Lohnföhrungen durch die Notverordnung erneut erfolgte Lohnsenkung von 10 Prozent wirkt sich in Verbindung mit den vielen Feiertagschichten auf das Bergarbeitereinkommen so ungeheuer aus, daß bei den heutigen Preisverhältnissen die wirtschaftliche Notlage der Familien ins ungeheuerliche gesteigert wird.“

Aus Mittel- und Süddeutschland

soll nachstehende Aeußerung die Stimmung und das Urteil der Bergarbeiter erkennen lassen:

„Die Auswirkungen des sechsten Teiles der Notverordnung „Arbeitsrechtliche Vorschriften“ schaffen für die Bergarbeiter eine grenzenlose Ungerechtigkeit. Einzelnen Arbeitergruppen ist die Grundlage ihrer an sich schon traurigen Existenz völlig genommen worden. Diese Arbeiter stehen mit ihrer Entlohnung bei vier bis fünf Schichten je Woche unter der Höhe der Unterflüfung der Wohlfahrtsempfänger. Wegen einer Anpassung der Löhne an eine veränderte Kaufkraft wehren sich die Bergarbeiter keinesfalls, untragbar für sie ist aber die Auswirkung des Abs. 3 im § 2 des sechsten Teiles dieser Verordnung, wodurch für die Bergarbeiter eine weitere Senkung der Löhne um 10 Prozent unbeschadet des Lohnstandes vom 10. Januar 1927 vorgesehen ist und restlos durchgeführt wird. Das Elend in den Bergarbeiterfamilien wird mit dieser Maßnahme ins Unermeßliche gesteigert. Die Bergarbeiter können es nicht verstehen, daß ihnen die Reichsregierung die härtesten Bestimmungen dieser Notverordnung aufzwingt. Große Opfer für Staat und Allgemeinheit haben die Bergarbeiter während des Krieges und der Zeit der Kohlen- und Lebensmittelknappheit gebracht. Die Maßnahmen der jetzigen Reichsregierung lassen nicht erkennen, daß man das Versprechen, den Bergarbeitern einen Lohn zu sichern, der ihnen für die Arbeit in ihrem gefährlichen Beruf zusteht, einhalten will.“

In Süddeutschland und im Rheinland

finden ebenfalls große Protestkundgebungen statt. Besonders im rheinischen Braunkohlenbergbau herrschte starke Erregung. Man könne es nicht verstehen, so sagten die dortigen Kumpels, daß auch im Kölner Braunkohlenrevier 10 Prozent Lohnabbau kommen müsse, weil dieses Revier doch noch immer das beste Kohlenrevier sei. Die Notverordnung sei das beste Geschäft für die Grubengewaltigen. Das Einkommen der Arbeiter sei durch die Lohnsenkungen und die anhaltenden Feiertagschichten bereits unter das Existenzminimum gesunken.

Aus allen Revieren wird dann immer wieder betont, daß jetzt für die Bergarbeiter die Grenze überschritten sei, und daß dann, wenn dieses Unrecht an den Bergarbeitern nicht wettgemacht würde, niemand für die weitere Entwicklung garantieren könne.

Notverordnung und Knappschaftsversicherte.

II.

Die Invalidenversicherung

wird durch die Notverordnung mehr als die Pensionsversicherung betroffen. In diesem Versicherungsgebiet greifen nämlich folgende Änderungen Platz:

- Die Wartezeit, d. h. die Zeit, in der man Beiträge entrichtet haben muß, um zum Bezuge von Renten der Invalidenversicherung berechtigt zu werden, die bisher nach dem § 1278 RVO. 200 Beitragswochen betrug, ist durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 auf 250 Beitragswochen erhöht worden. Die 250-Wochen-Wartezeit gilt aber nur für solche Versicherte, die auf Grund der gesetzlichen Versicherungspflicht Beiträge entrichtet. Bei freiwilliger Versicherung beträgt die Wartezeit nach der Verordnung vom 8. Dezember 1931 wie bisher 500 Beitragswochen, wenn weniger als 250 Wochen (bisher 100) mit Pflichtversicherungswochenbelägen belegt sind.
- Die Invalidenrente, die ohne Nachweis der Invalidität durch ärztliche Zeugnisse bei Vollendung des 65. Lebensjahres bisher unter den gleichen Bedingungen wie jede andere Invalidenrente gewährt wurde, wird nunmehr erst nach Entrichtung von 750 Wochenbeiträgen gewährt. Ein Unterschied zwischen Wochenbeiträgen, die auf Grund der Versicherungspflicht entrichtet worden sind, und Wochenbeiträgen auf Grund freiwilliger Weiterversicherung wird nicht gemacht. Die neuen Bestimmungen über die Wartezeit kommen in allen Fällen zur Anwendung, in denen der Versicherungsfall (Eintritt der Invalidität oder Vollendung des 65. Lebensjahres) nach dem 31. Dezember 1931 eingetreten oder die Antragstellung nach dem 31. Dezember 1931 erfolgt ist.
- Der Anspruch auf Zahlung der Invalidenrente beginnt nach der 4. Notverordnung ähnlich wie in der Pensionsversicherung, also mit dem ersten Tage des Monats, der auf den Monat folgt, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung (Eintritt der Invalidität, Vollendung des 65. Lebensjahres, Tod des Versicherten) erfüllt worden sind. Beim Übergang vom Bezuge von Krankengeld aus der Krankenversicherung zum Bezuge einer Invalidenrente bei vorübergehender Invalidität, beginnt der Anspruch auf Zahlung der Rente mit dem 1. des Monats, in welchem der Anspruch auf das Krankengeld fortfällt. Ein gleichzeitiger Bezug von Krankengeld und Invalidenrente, der in der Pensionsversicherung auch vor Erlass der Notverordnung nicht mehr möglich war, ist nunmehr auch in der Invalidenversicherung unmöglich.
- Wird durch irgendeinen Umstand veräußert, den Antrag auf Rente in dem Monat zu stellen, in dem der Versicherungsfall eingetreten ist, beginnt der Anspruch auf Zahlung mit dem 1. des Monats, der auf den Monat folgt, in welchem der Antrag gestellt wurde. Rentennachzahlung bis zu einem Jahr rückwärts vom Monat der Antragstellung gibt es demnach auch in der Invalidenversicherung nicht mehr. Die neuen Bestimmungen über den Beginn der Rentenzahlung werden in all den Fällen zur Anwendung gebracht, in denen der Rentenbescheid noch nach dem 31. Dezember 1931 erteilt und der Antrag nicht vor dem 1. November 1931 gestellt worden ist. Die Fälle, in denen der Bescheid auf den Antrag vor dem 1. Januar 1932 erteilt oder der Antrag vor dem 1. November 1931 gestellt worden ist, werden nach den bisherigen Bestimmungen erledigt.
- Kindergeldzuschüsse und Waisenrenten werden über den Zeitpunkt der Vollendung des 15. Lebensjahres hinaus nicht mehr gewährt. In der Pensionsversicherung waren diese Leistungen durch die Satzungsänderung im November 1930 fortgefallen. Die Bestimmung tritt in allen Fällen mit Wirkung vom 1. Januar 1932 in Kraft. Das bedeutet also, daß auch bei bereits festgesetzten, laufenden Rentenfällen Kindergeldzuschüsse und Waisenrenten vom 1. Januar 1932 ab in Fortfall zu bringen sind. Für die Uebergangszeit gilt das Recht, daß der Rentenanspruch, der vor dem 1. Jan. 1932 gestellt worden ist, für die Zeit vor dem 1. Januar 1932 noch nach den bisherigen Bestimmungen erledigt wird. Mit dem 1. Januar 1932 fallen aber auch in diesen Fällen die vorbenannten Leistungen fort.
- Für Stiefkinder und Enkel, für die in Zukunft weder Zuschüsse noch Waisenrenten aus der Invalidenversicherung auch unter 15 Jahren nicht mehr gezahlt werden dürfen, gilt in bezug auf den Fortfall und die Uebergangszeit dasselbe, was in Nr. 2 der „Bergbau-Industrie“ vom 9. Jan. 1932 in dem Abschnitt „Knappschaftsversicherungsversicherung“ unter 3. ausgeführt worden ist.
- Witwenrenten, die auf Grund des Artikels III des Gesetzes über Leistungen der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929 bewilligt worden sind, fallen mit dem 1. Januar 1932 in allen Fällen fort. Es handelt sich hierbei um Renten, die für Witwen gewährt wurden, deren Ehemänner vor dem 1. Januar 1912 dauernd invalide waren, und die vor dem 1. Januar 1924 gestorben sind. Die Witwen von solchen Invaliden, die erst nach dem 1. Januar 1924 gestorben sind, erhalten ihre Witwenrenten auf Grund des Gesetzes vom 8. April 1927 weiter. Für die Uebergangszeit gilt, daß in den Fällen, in denen die Anträge auf Rente vor dem 1. Januar 1932 gestellt worden sind, die Rente bis zum 31. Dezember 1931 zu zahlen ist. Nach dieser Zeit fallen aber alle solche Renten fort.
- Die Höchstgrenze für die Bezüge der Hinterbliebenen aus der Invalidenversicherung ist ähnlich der Höchstgrenze für die Hinterbliebenen der Pensionsversicherung festgesetzt worden. Danach können die Hinterbliebenen aus der Invalidenversicherung niemals mehr erhalten, als der verstorbene Versicherte an Rente und Kindergeldzuschuß aus der Invalidenversicherung erhalten haben würde, wenn er zur Zeit des Todes invalide gewesen wäre.
- Das Ruhen der Renten der Invalidenversicherung beim Zusammenreffen mit anderen Sozialversicherungsrenten, Versorgungsrenten, Ruhegehältern, Wartegehältern und anderen Bezügen in voller Höhe der genannten Bezüge tritt nach gleichen Bedingungen ein, wie sie in der vorigen Nummer der „Bergbau-Industrie“ auf der ersten Seite im Abschnitt

„Knappschaftsversicherung“ unter 5. angeführt worden sind. Das gilt auch für die Uebergangsbestimmungen hinsichtlich des Betrages von 25 M., der von den anderen Bezügen bei der Aufrechnung unberücksichtigt bleiben soll. Nur werden in Fällen, in denen die Invaliden gleichzeitig auch Knappschaftsinvaliden sind, die Ruhebestimmungen bei ihrer praktischen Anwendung nicht ohne weiteres zu verstehen sein.

Wir lassen deshalb im nachstehenden zwei Beispiele folgen, aus denen zu ersehen ist, wie die Kürzungen sich gestalten:

Erstes Beispiel: Die knappschaftliche Invalidenpension und die Invalidenrente sind vor dem 1. Januar 1932 festgesetzt worden. Der Versicherte hat eine Knappschaftspension von 80 M. und eine Invalidenrente von 54,10 M. verdient; daneben erhält er eine Unfallrente von 50 Prozent, die monatlich 80,17 M. beträgt. Es würden dann zu ruhen haben:

- Nach § 106 RVO. 14 M. Grundbetrag und die Erhöhung der Steigerungsbeträge nach dem Gesetz über Leistungen der Invalidenversicherung vom 29. März 1928, die in diesem Falle 4,00 M. ausmachen, von der Knappschaftspension. Es verbliebe ihm somit noch eine Knappschaftspension von 61,10 M.
- Nach § 10 der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 von der Knappschaftspension ein Betrag in Höhe der Unfallrente nach Abzug des Betrages von 25 M. = 80,17 M. weniger 25 M. = 55,17 M. 61,10 M. Knappschaftspension weniger 55,17 M. Unfallrente bleibt ein Betrag von 5,93 M. Knappschaftspension.
- Da der Betrag der Unfallrente nach Abzug der 25 M. unter dem Betrage der nach § 106 RVO. gekürzten Pension bleibt, so daß von der Invalidenpension noch 5,93 M. zu zahlen sind, braucht von der Invalidenrente nichts zu ruhen. Sie gelangt voll zur Auszahlung.

In dem hier behandelten Beispiel würde der Invalide noch erhalten:

a) Knappschaftsinvalidenpension	5,93 M.
b) Invalidenrente	54,10 M.
c) Unfallrente	80,17 M.
Insgesamt 140,20 M.	

Zweites Beispiel: Würde im gleichen Falle Invalidenpension und Invalidenrente nach dem 1. Januar 1932 festgesetzt, so hätten zu ruhen:

- nach § 106 RVO. Grundbetrag und Erhöhung der Steigerungsbeträge zusammen 18,90 M. von der Knappschaftspension. Es verbliebe dann eine Pension von 61,10 M.
- Von diesem Betrage würde aber nichts zur Auszahlung gelangen, weil er in voller Höhe der Unfallrente, die 80,17 M. beträgt, zu ruhen hätte.
- Da die 80,17 M. durch das Ruhen der Knappschaftspension nicht voll erschöpft sind, muß der über 61,10 bis 80,17 M. hinausgehende Mehrbetrag von 19,07 M. von der Invalidenrente von 54,10 M. gekürzt werden, so daß von der Invalidenrente nur noch ein Betrag von 35,03 M., abgerundet auf 35 M., zu zahlen wäre.

Der Invalide würde in diesem Falle erhalten:

a) Knappschaftsinvalidenpension	nichts.
b) Invalidenrente	35,00 M.
c) Unfallrente	80,17 M.
Insgesamt 115,17 M.	

Die Kürzung der Hinterbliebenenrenten aus der Invalidenversicherung und der Knappschaftshinterbliebenenrenten wird in ähnlicher Form vorgenommen. Bei denjenigen Hinterbliebenenrenten und Knappschaftshinterbliebenenrenten, die vor dem 1. Januar 1932 festgesetzt worden sind, bleibt der Betrag von 25 M. beim Zusammenreffen mit Renten der Unfallversicherung, der Versorgungsgehalte und Hinterbliebenenbezüge nach staatlichen Grundsätzen von diesen Bezügen unberücksichtigt. Gegebenenfalls zweimal, wenn Bezüge aus Unfallversicherung und Versorgungsgehalten oder Unfallversicherung und nach Staatsgrundsätzen zusammenreffen. Dabei wird aber nicht sowohl für die Witwen- als auch für jede Waisenrente der Betrag unberücksichtigt bleiben, sondern für Witwenrente und Waisenrente zusammen nur ein Betrag von 25 M.

Wie die Kürzungen in der Praxis gehandhabt werden, soll nachstehender Fall zeigen:

Es wird angenommen, daß der Invalide, der in den vorhergehenden Beispielen angeführt worden ist, durch Unfall tödlich verunglückt und seine Witwe bereits invalide ist. In diesem Falle würden sich die Bezüge wie folgt gestalten:

- Knappschaftliche Witwenpension 48,00 M.
- Nach Anwendung der Kürzung nach § 106 RVO. nur 36,67 M.
- Durch die Anwendung von § 93 c der Satzung wäre nichts zu kürzen —
- Knappschaftliches Waisengeld für zwei Waisen 2 x 16 M. 32,00 M.
- Nach Anwendung der Kürzung nach § 93 Abs. 2 der Satzung nur 2 x 0,95 M. 1,90 M.
- Witwenrente der Invalidenversicherung 32,45 M.
- Nach Anwendung des § 1311 RVO. nur noch 24,05 M.
- Waisenrenten d. Invalidenversicherung 2 x 25,05 M. 50,10 M.
- Nach Anwendung des § 1311 RVO. nur 36,10 M.
- Unfallwitwenrente, weil die Witwe invalide, zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes 44,00 M.
- Unfallwaisenrenten 2 x 22,00 M. 44,00 M.

Nach Abzug des Betrages von 25 M. von den Unfallbezügen von 88 M. verbleibt noch ein Betrag von 63 M. In Höhe dieses Betrages haben zunächst nach § 10 der Verordnung vom 8. Dezember 1931 die Bezüge aus der Pensionsversicherung zu ruhen. Da sie im vorliegenden Falle nur 38,57 M. betragen, fallen sie vollständig weg. Der Betrag von 24,43 M., der von dem Betrage von 63 M. übrigblieb, ist nunmehr von den Bezügen der Invalidenversicherung abzuziehen, und zwar von der Witwenrente 9,60 M. Da diese Kürzung höher ist als die nach § 1311 RVO., kommt letztere nicht mehr in Betracht. Die Witwenrente

der Invalidenversicherung würde also nach Abrundung noch 22,80 M. betragen. Von den Waisenrenten der Invalidenversicherung ist noch der restliche Betrag von 14,83 M. von der 63 M. der Unfallrente abzuziehen, so daß an Waisenrenten aus der Invalidenversicherung nur noch 35,20 M. nach Abrundung zu zahlen sind. Auch hier kommt die Kürzung nach § 1311 RVO. nicht mehr in Frage, weil die Kürzung nach § 10 der Verordnung etwas höher ist. Die Hinterbliebenen hätten dann in diesem Falle an Bezügen zu erhalten:

a) Knappschaftswitwenpension	nichts.
b) Knappschaftswaisengeld	nichts.
c) Witwenrente der Invalidenversicherung	22,80 M.
d) Waisenrenten der Invalidenversicherung	35,20 M.
e) Witwenrente der Unfallversicherung	44,00 M.
f) Waisenrenten der Unfallversicherung	44,00 M.
Insgesamt 146,00 M.	

In dem vorstehenden Beispiel ist ein niedriger Jahresarbeitsverdienst bei der Berechnung der Unfallrente zugrunde gelegt worden. Bei den Hinterbliebenen eines Hauers würden auch die Bezüge der Invalidenversicherung zum größten Teil ruhen. Bei Anwendung der Kürzungsbestimmungen bei Hinterbliebenenrenten, die nach dem 1. Januar 1932 festgesetzt werden, ist nach der § 5 der Verordnung vom 8. Dezember 1931 zu beachten, der vorschreibt, daß als Höchstbetrag für die Hinterbliebenenbezüge aus jeder Versicherung die Invalidenrente maßgebend ist, die der Verstorbene erhalten haben würde, wenn er zur Zeit des Todes berufsuntfähig, invalide oder voll erwerbsunfähig gewesen wäre. Auch würde von der Unfallrente der Betrag von 25 M. nicht abzuziehen sein, sondern die Knappschaftspension und gegebenenfalls die Bezüge aus der Invalidenversicherung müßten in voller Höhe der Bezüge der Unfallversicherung ruhen.

In der Abhandlung haben wir uns bemüht, die Verordnung den Kameraden möglichst gut verständlich zu machen. Leider ist dies nicht leicht. Die Bestimmungen der Verordnung sind vielfach so vieldeutig gehalten, daß es noch geraumer Zeit bedarf, bis man sie in ihrer vollen praktischen Auswirkung erkennt. Der Satzungsausschuß der Reichsknappschaft wird noch viel zu klären haben.

Berichtigung. In dem vorletzten Absatz der Abhandlung: „Notverordnung und Knappschaftsversicherte“, die in der vorigen Nummer der „Bergbau-Industrie“ auf der ersten Seite gebracht worden ist, gehören in der dritten und vierten Zeile die Worte: „ohne Rücksicht auf die Zeit der Feststellung“ nicht hin. Sie sind zu streichen. Auch muß es in der letzten Zeile der Abhandlung anstatt „1927“ 1928 heißen.

Das Glück im „Dritten Reich“.

Geschildert von einem seiner Bewunderer.

Kein Blatt hat mehr dazu beigetragen, den deutschen Spieler zu Ehrfurcht vor dem Faschismus zu erziehen, als der „Berliner Lokal-Anzeiger“. Und im „Lokal-Anzeiger“ hat wieder keiner mehr Verdienst an dieser Erziehungsarbeit als Herr Dr. Gustav Eberlein, Korrespondent dieses Blattes in Rom. Um so interessanter ist es, gerade diesen fachverständigen Herrn über die sozialen Zustände plaudern zu hören, wie sie im Mutterlande des Faschismus bestehen. So erzählt Eberlein:

„Der italienische Arbeitslose bezieht eine Unterfütterung von durchschnittlich 40 Pf. pro Tag. Wie kann er damit auskommen? Fabrikarbeiterinnen, die ständig beschäftigt sind, freuen sich wie Kinder, wenn sie es im Monat auf 30 M. bringen. Eine Stenotypistin, die ein Gehalt von 150 M. hat, fühlt sich schon als vornehme Dame. Ein möbliertes Zimmer aber kostet, ohne Frühstück, 70 M. Und wie ist es möbliert? Ein Eisenbett, eine Kommode, vielleicht noch ein Schrank auf dem Steinboden, selbstverständlich nicht heizbar . . .

Hat man gar nichts, so geht man halt aufs Feld und rupft sich ein bißchen Grün aus. Ungezähften dienen Schlupfwinkel, die ich nicht beschreiben möchte, als Schlafstätte.“

Diese Zustände findet Herr Eberlein keineswegs unerträglich. Im Gegenteil, sie gefallen ihm ganz gut, und wie er meint, den Italienern auch. „Alles lacht“, so versichert er, „alles ist fröhlich und guter Dinge.“ Und warum?

„Die Gründe für diese andere Einstellung zum Leben, zur Armut, zur Not des Tages? Man müßte weit ausholen. Einer ist der: das italienische Volk hat in seinen ärmsten Schichten noch einen Rückhalt — es hat noch einen Gott, es glaubt noch an Vaterland . . .“

Dies scheint nun uns eine ziemlich starke Gotteslästerung und eine ebenso grandiose Verhöhnung des Vaterlandsgebankens zu sein. Vielleicht sind manche deutsche Arbeitgeber, die den Satenkreuzfaschismus finanzieren, nur deshalb so sehr für „Gott und Vaterland“, weil sie auch 30 Mark Arbeitslohn im Monat zahlen möchten?

Die Not der Zeit erfordert

von der gesamten Arbeiterschaft und den Bergarbeitern besonders, daß sie sich enger zusammenschließen. Politische Zersplitterung ist ein großes Unglück für die Arbeiterbewegung. Das Ziel jedes Schaffenden sei:

**wirtschaftliche
Geschlossenheit der Arbeiterfront!**

Kapital und Arbeit.

Von einem unserer Betriebsräte wird uns eine Broschüre zugestellt, die von den Arbeitgebern gratis geliefert wird und den Titel trägt: „Der dreibeinige Stuhl“. In dieser Broschüre läßt der Verfasser und Herausgeber eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, mit zum Teil weitem Ruf, zu Wort kommen über das Problem: Kapital und Arbeit. Der Sinn ist, durch diese Schrift zu beweisen, wie schädlich der Kampf der organisierten Arbeiterklasse für das Wirtschaftsleben und damit das Wohlergehen der Menschheit sei und mit ihr vielleicht zu erreichen, daß die Arbeiter sich von den Gewerkschaften abwenden. Der Herausgeber schreibt wörtlich:

„Wenn in dieser Schrift vieles mit fremden Augen Gesehenes zusammengetragen ist, so hat das einmal seinen Grund darin, daß Einsicht und Kritik auf diesem Gebiete im Ausland viel schärfer und entschieden zahlreicher zu finden sind, und zum anderen liegt darin auch die bestimmte Absicht, mit fremder Zunge und aus fremder Erfahrung den Widerstand des zerstörenden Kampfes der Arbeit gegen das Kapital zu schildern, weil ein Nebengewicht deutscher Stimmen leichtlich den Vorwurf der Voreingenommenheit würde erheben lassen können.“

Wir werden uns nun erlauben, in einer Reihe von Fortsetzungen Auszüge aus dieser Schrift zu bringen und in kurzem Kommentar zu zeigen, daß die Schrift nicht etwa als Beweis gelten kann für den Widerstand des Kampfes der Arbeit gegen das Kapital (sprich: der Gewerkschaften gegen die Arbeitgeber), sondern höchstens als Beweis für den Unsin, der in vielen Unternehmungsköpfen oder den Köpfen ihrer Trabanten sich gebildet hat bei ihrer Wertung des Problems: Kapital und Arbeit.

1.

Der dreibeinige Stuhl.

Von Andrew Carnegie.

„Für jedes gewerbliche Unternehmen sind drei Teilnehmer nötig. Der erste heißt „Kapital“. Ohne diesen Teilnehmer kann nichts unternommen werden. Vom Kapital erhält jede Unternehmung ihren ersten Lebensodem.“

Nachdem die Grundlagen ausgerichtet sind, das Unternehmen mit den nötigen Mitteln ausgestattet und alles für gewerbliche Tätigkeit fertig ist, beginnt der zweite Teilnehmer seine Arbeit. Dieser Teilnehmer heißt „geschäftliche Tüchtigkeit“. Der Teilnehmer „Kapital“ tat die seinige bereits. Er hat alle Mittel und Werkzeuge für die Gütererzeugung beschafft; allein solange Kapital nicht über Männer verfügt, die das Geschäft zu leiten verstehen, ist all sein Aufwand umsonst.

Und nun erscheint der dritte Teilnehmer, zwar zuletzt, aber deshalb keineswegs der unwichtigste unter den dreien: die Arbeit. Sobald „Arbeit“ nicht ihre Pflicht tut, ist alle Mühe und aller Aufwand vergeblich. Kapital und geschäftliche Tüchtigkeit ohne Arbeit können nichts ausrichten. Das Triebwerk rührt sich nicht, wenn Arbeit es nicht bewegt.

Man könnte fragen, ob der erste, zweite oder dritte Teilnehmer größere Bedeutung besitzt; im großen und ganzen kommt jedoch nichts dabei heraus. Jeder der drei Teilnehmer ist gleich wichtig und jeder unter ihnen gleich notwendig. Es gibt in diesem Falle kein erstes, zweites und drittes — keinen Vorzug. Sie sind alle drei voll- und gleichberechtigte Glieder des Dreiebundes, der die gewerbetreibende Welt beherrscht.

In unserer Zeit sind Kapital, Geschäftstüchtigkeit und Arbeit die Beine eines dreibeinigen Stuhles. Solange die drei Beine gesund und fest stehen, steht auch der Stuhl fest. Sobald aber eins dieser drei Beine schwach und gebrechlich wird, zusammenstürzt oder gar verschwindet, bricht auch der Stuhl zusammen, und solange das fehlende Bein nicht wieder hergestellt ist, bleibt der Stuhl ebenfalls unbrauchbar. Aus diesem Grunde befindet sich auch der Kapitalist, den Kapital wichtiger dünkt als eins der anderen Beine, ganz und gar im Irrtum. Die Unterstützung der beiden anderen Beine, genannt Geschäftstüchtigkeit und Arbeit, bleibt für ihn unumgänglich. Ohne diese beiden, ja selbst ohne eins der beiden fällt der Stuhl um.

„Geschäftliche Tüchtigkeit“ irrt, wenn sie glaubt, ihr Bein sei das wichtigste. Ohne die beiden anderen, Kapital und Arbeit, ist das Bein „Geschäftstüchtigkeit“ nutzlos.

Zu guter Letzt wollen wir nicht vergessen, daß auch „Arbeit“ irrt, und zwar sehr stark, wenn sie größere Wichtigkeit für sich beansprucht als jedes der beiden anderen Beine. Eine solche Anschauung ist oft genug die Quelle betrübender Mißverständnisse gewesen.

Alle drei sind voll- und gleichberechtigte Glieder desselben großen Ganzen. Vereinzelt schaffen sie wenig, vereint aber können sie Wunder wirken. Daher haben sie auch, obgleich unglückliche Streitfragen zeitweise zwischen ihnen austauschten, das neue Jahrhundert zum wohlthätigsten für die Menschheit gemacht.

Kapital, Geschäftstüchtigkeit und Arbeit müssen vereint sein. Wer aber versucht, Zwietracht zwischen ihnen zu säen, der ist ein Feind aller drei.“

Wir sind völlig einverstanden damit, daß Kapital, Geschäftstüchtigkeit und Arbeit in der heutigen Wirtschaftsordnung als voll- und gleichberechtigt gelten müssen. Wieso man das aber den Arbeitern als Bekehrung erzählt, ist uns nicht recht klar, es sei denn, daß die Herausgeber des „dreibeinigen Stuhles“ der Auffassung wären, daß die „Arbeit“, das heißt in Wirklichkeit die Arbeiter, bei uns größere Wichtigkeit für sich beanspruchten als die anderen beiden Teilnehmer. Ans scheint es umgekehrt zu sein. Es ist doch das „Kapital“, das für sich den „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ geltend macht. Es ist doch das „Kapital“, das gegen die Forderung der „Arbeit“ auf Gleichberechtigung den Kampf bis aufs Messer führt. Es ist doch das „Kapital“, das für seine Kapitalisten einen Lohn von zum Teil mehreren hunderttausend Mark beansprucht, während es der „Arbeit“ für die Arbeiter nicht einmal 8 Mark Schichtlohn gewährt. Es ist doch das „Kapital“, das für sich beansprucht, von den Strapazen seines Dienstes sich auf Weltreisen, in Seebädern, Luxus-hotels erholen zu dürfen, während man der Arbeit schon die acht Tage Ferien wegnehmen will. Es ist doch das „Kapital“, das Millionen aufwendet, um eine Jagdgesellschaft an Ruder zu bringen, damit der „voll- und gleichberechtigte“ Kompanion „Arbeit“ unter Kutatel und Säbelherrschaft gezwungen werden kann.

2.

Entlohnung und Leistung.

Von Stollungsverhandlungsdirektor Dr. R. Schmidt (Essen).

„Unsere Zeitverhältnisse haben den Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus geboren, der zum Teil mit ungeheurer Gehässigkeit geführt wird.“

Da wird zum Beispiel verlangt, daß nicht nur tüchtige, führende Männer, die mit ihrer Arbeit außerordentliche Gewinne erzeugen, nicht gut bezahlt werden dürfen, sondern auch hervorragende Arbeitskräfte genau so wie minderwertige; während doch jedermann weiß, daß der Faulenzer und Tagelöhner, wenn der Betrieb nicht zum Erliegen kommen soll. Hier muß man immer wieder tatkräftig opponieren. Ist es doch bekannt, wie außerordentlich hinderlich für die wissenschaftliche Betriebsführung die so sehr angestrebte gleichmäßige Bezahlung durch Klassifizierung und die lebenslängliche Anstellung der Arbeitskräfte ist. Beides hemmt Streben und Höchstleistungen, drängt vielmehr zum kümmerlichen Durchschnitt. Die Betriebswirtschaftlichkeit kann nur durch Entlohnung nach Leistung gehoben werden und durch Einfluß des Leiters auf die Angestellten, wobei eine angemessene Arbeitszeit bei niedrigsten Betriebskosten und geringsten Selbstkosten anzustreben ist.

Die Entlohnung nach Leistung wird uns durch den Drang nach der dauernd gefüllten Futtertrappe auf Lebenszeit sehr erschwert.“

Es ist wirklich nicht rühmendwert für den Herrn Dr. Robert Schmidt, was er da zusammengegriffen hat. Man sollte nämlich annehmen dürfen, daß ein Herr Doktor doch schon begriffen haben könnte, daß nirgends und niemals in Deutschland bestimmt oder verlangt wurde, hervorragende Arbeitskräfte genau so zu bezahlen wie minderwertige. Herr Dr. Schmidt aber

will ja auch nur das Tarifrecht treffen und er scheint nicht zu wissen, daß Tariflöhne immer nur als Mindestlöhne zu werten sind, und daß kein Unternehmer durch Tarife gehindert ist, hervorragende Arbeitskräfte höher zu entlohnen, als der Tarif vorschreibt. Herr Dr. Schmidt scheint noch nicht einmal zu wissen, daß dann, wenn hervorragende Arbeitskräfte im Accord auch nur den Tariflohn erreichen, sofort die Profitjäger da sind, um den Accord zu kürzen und auszublockieren, ob diese hervorragenden Arbeiter nicht auch bei niedrigerem Accord an den Tariflohn herankommen. Und weiß Herr Dr. Schmidt nicht, daß dann, wenn auch unter unmenschlicher Anstrengung von solchen hervorragenden Arbeitern, bei stetig gekürztem Accord, der Tariflohn nicht mehr erreicht werden kann, dieselben oft als „Faulenzer“ auf die Straße fliegen? Wenn nicht, dann wird es Zeit, daß er sich einmal um den wahren Sachverhalt kümmert, damit er seine blöde Schreiberlei unterläßt.

Werteschaffender Unternehmerrgeist.

Von Sir Ernest Benn.

„Meine Bücherregale sind mit Händen vollgestopft, in denen auseinandergesetzt wird, welche böse Kreatur ich bin. Ich besitze zahlreiche Bücher, die mir erzählen, wie schön die Welt wäre, wenn nur ich und meine Klasse der „Kapitalisten“ ausgerottet werden könnten. Die gegen mich gerichtete Literatur ist tatsächlich überwältigend. All das wird an den Straßenecken weiter ausgelacht, bis es wie offener Raub aussieht, und jede Nacht werden solche Argumente in Tausenden von Versammlungen in der Sprache des Volkes breitgetreten.“

Ich bin ein unverbesserlicher Anhänger der Privatwirtschaft. Trotz langen und eifrigen Forschens ist es mir nicht gelungen, irgendeinen materiellen Nutzen zu entdecken, der der Menschheit auf einem anderen Wege als durch individuelle Unternehmerrgeist zuteil geworden wäre. Ich betrachte daher die ganze Bewegung, die darauf abzielt, durch politische Mittel Wohlfahrt zu schaffen, für eine grobe Täuschung voll von Fallstricken.

Der Arbeiter stellt sich, wenn er etwas von einem Jahreseinkommen von 10 000 Pfund hört, darunter unwillkürlich Champagner, Jazzbands, Automobile und einen entsprechend fixierten Bedienten als Begleitererscheinung für jede dieser Zerstreungen vor. Und doch würde es sich, wenn es möglich wäre, die Geschichte dieser Personen zu erforschen, in den meisten Fällen gewiß herausstellen, daß ihr Reichtum von nützlichen industriellen oder kommerziellen Unternehmungen her stammt. Viele von ihnen gehören zu jener Mittelsklasse von Arbeitgebern, denen es gelungen ist, die Industrie zu organisieren und die die Sache zu unserer aller Nutzen im Gang erhalten. Sie holen aus dem Allgemeinbesitz nicht mehr für sich heraus, als die anderen gewillt sind, ihnen für die geleisteten Dienste zu bezahlen.“

Der Herr Zeitungsverleger und vielfache Millionär Sir Ernest Benn runderdelt sich darüber, daß die Arbeiterklasse der Auffassung huldigt, daß alles besser sei, wenn die Leute seines Schlages ausgerottet wären. Dabei spricht er seelenruhig im gleichen Atemzuge aus, daß sie „nur“ 10 000 Pfund, also 200 000 Mark Jahreseinkommen haben, das ihnen ein Leben mit Champagner, Jazzband, Automobilen und Dienern gestattet. Was würde aber der Sir Ernest Benn sagen, wenn seine Arbeiter, die mit ihrer Arbeit doch, nach der Auffassung seines Klassengenossen Carnegie, voll- und gleichberechtigte Teilnehmer an seinem Unternehmen sind, für sich einen so hohen Lohn erkämpften, daß sie ihr Leben mit Champagner, Jazzband und Automobilen verbringen könnten, während er, der Herr Sir Ernest Benn, sich mit Kornkaffee und Pellkartoffeln begnügen müßte? Würde Herr Benn dann nicht dem Arbeiter Tod und Teufel wünschen und solche Zustände völlig auszuerothen versuchen? Aber noch etwas anderes an der Auffassung des Herrn Benn ist wert, deutlicher herausgestellt zu werden, und zwar, daß die Kapitalisten nicht mehr an Profit aus den Arbeitern herauszuholen, als diese gewillt sind, ihnen zu gewähren. Das heißt mit anderen Worten: Wenn die Arbeiter einig wären, dann würden sie selber bestimmen, wieviel die Kapitalisten und wieviel die Arbeiter bekommen. Ob die Unorganisierten diese alle Gewerkschaftslehre auch nicht glauben, wenn sie hier von einem Kapitalisten bekräftigt wird? (Fortsetzung folgt.)

Distussion über Zeitfragen.

Der Traum von der Autarkie. Die Verbundenheit von Industrie und Landwirtschaft. Weltmarkt und Arbeitsmarkt. Autarkie und Reparationen. Gelddarlehensgeschäfte sind Warentauschgeschäfte. Wirtschaftliches Europa statt Autarkie.

„Was ist das eigentlich mit der Forderung nach Autarkie, die einem jetzt so viel in Zeitungsartikeln und Versammlungen entgegentritt?“

„Unter Autarkie versteht man einen Zustand, der es einem Lande gestattet, sich unabhängig vom Ausland durch eigene Kraft und mittels seiner eigenen Volkswirtschaft zu ernähren.“

„Das heißt also, daß es keine Waren in fremde Länder zu verkaufen und keine Waren aus fremden Ländern einzuführen braucht, um seine Bewohner zu ernähren?“

„Ganz recht.“

„Und was soll damit erreicht werden?“

„Nun, es spielen einmal wehrpolitische Betrachtungen mit, das heißt, man möchte für den Kriegsfall vom Auslande unabhängig sein bezüglich Ernährung und notwendiger Materialbeschaffung. Du weißt ja, daß schon der letzte Weltkrieg zum Hauptteil deshalb für uns verloren ging, weil wir wegen Nahrungsmangel und ungenügender Materialversorgung für die Kriegsführung zusammengebrochen sind, da ja die Weltmärkte für uns so gut wie abgeriegelt waren. Unsere eigene Volkswirtschaft reichte eben nicht aus, um den nötigen Bedarf zu decken.“

„Ja, wäre es denn, die Bereitschaft hierzu vorausgesetzt, überhaupt möglich, eine solche Autarkie zu schaffen?“

„Was die Frage der Ernährung an sich angeht, dürfte die Möglichkeit wohl bestehen. Das heißt also, daß wir Deutsche wohl in der Lage sind, bei völliger Ausnutzung der modernen Agrilkultur, also der Wissenschaft von der Landwirtschaft, eine genügende Menge Nahrungsmittel zu schaffen, um das Leben zu sichern. Aber das Leben besteht ja nicht nur aus Essen und Trinken und die Wirtschaft nicht nur aus Acker- und Gartenbau.“

„Du willst damit sagen, daß neben der Landwirtschaft noch die Industrie da ist, und daß diese den Weltmarkt notwendig hätte, auch wenn wir bezüglich Nahrungsmittel unabhängig wären?“

„So ist es. Wir sind darauf angewiesen, einen Teil unserer industriellen Produkte ins Ausland zu verkaufen.“

„Aber dann könnten wir uns doch wenigstens in der Landwirtschaft unabhängig machen und die Einfuhr von Lebensmitteln verbieten.“

„Das stimmt nicht. Wenn das Ausland von uns Industriewaren kaufen soll, dann müssen wir dafür auch vom Auslande andere Waren kaufen, also in diesem Falle Landwirtschaftliche Produkte oder auch Rohstoffe.“

„Ich sehe nicht ein, weshalb wir dafür auch vom Auslande andere Waren kaufen müssen.“

„Weil ja das Ausland sonst kein deutsches Geld betäme, um unsere Industriewaren zu kaufen.“

„Das könnte das Ausland doch an der Börse oder an der Großbank kaufen.“

„Das kann es nicht auf die Dauer. Aber machen wir das an einem Beispiele klar: Nehmen wir an, daß England von uns für zehn Millionen Mark Industriewaren kaufen will. Diese zehn Millionen Mark kauft es sich bei einem deutschen Bankier, der nun zehn Millionen Mark in englischem Gelde hat. England kauft nun mit den zehn Millionen deutscher Mark bei uns seine Waren und es ist soweit alles gatt. Aber was macht jetzt der deutsche Bankier mit seinem englischen Gelde, das er für seine deutsche Mark bekam?“

„Ja, der muß es nun wieder weiter verkaufen an denjenigen, der englisches Geld braucht.“

„Sehr gut. Aber es braucht doch niemand bei uns englisches Geld, wenn wir vom Auslande keine Waren kaufen, so daß also niemand da wäre, der das englische Geld kaufen würde. Es bliebe also nur die eine Möglichkeit, daß der deutsche Bankier das englische Geld in England selbst anlegen müßte, so daß es also der deutschen Volkswirtschaft verloren ginge. Kannst du dir vorstellen, was das auf die Dauer bedeuten würde?“

„Am — das käme darauf hinaus, daß wir wohl Waren ins Ausland verkaufen könnten, aber kein Geld dafür ins Land bekämen.“

„Ganz recht. Du siehst also, daß Kaufgeschäfte im letzten Grunde nur Tauschgeschäfte sein können, und zwar nur Warentauschgeschäfte. So muß also auch ein Land, das den anderen Ländern Waren verkaufen will, von diesen auch seinerseits wieder Waren einkaufen.“

„So wäre also Autarkie nur möglich, wenn wir uns mit Landwirtschaft und Industrie vom Auslande, also vom Weltmarkt loslösen könnten?“

„Sehr richtig! Und daß das nicht möglich ist, weiß heute jedes Kind, da wir eine große Menge Waren unserer Industrie nicht nur ins Ausland verkaufen müssen, weil im Inlande nicht genügend Absatzmöglichkeit besteht, sondern auch Rohstoffe im Auslande einzukaufen müssen, da wir eben nicht alle Rohstoffe im eigenen Lande haben.“

„Dann wäre also der Gedanke einer Autarkie für den Kriegsfall nur ein schöner Traum derjenigen, die ihn propagieren?“

„Zweifellost! Es ist heute einfach ausgeschlossen, sich als Einzelstaat von der Weltwirtschaft loszulösen, wie ja selbst Rußland beweist, das ganz verzweifelt um einen förderlichen Einbau in die Weltwirtschaft kämpft, obwohl es eins der rohstoffreichsten Länder der Erde ist.“

„Du sagtest vorher, daß die wehrpolitische Wertung nur eine Seite der Betrachtung einer Autarkie darstelle. Was bestimmt denn sonst noch zu dieser Forderung?“

„Nun, man glaubt damit auch für den Arbeiter mehr Arbeitsmöglichkeit schaffen zu können, indem man sagt, daß dann, wenn wir im Auslande nichts einkaufen, diese Waren im Inlande hergestellt werden müßten, was doch dann auch Mehrbeschäftigung brächte.“

„Der Gedanke scheint mir ja doch etwas für sich zu haben.“

„Richtig, er scheint nur etwas für sich zu haben. In Wirklichkeit aber ist es doch so, daß dann auch die Ausfuhr von Waren wegfiel und damit auch die Arbeitsmöglichkeit, die mit der Produktion von Ausfuhrwaren verbunden ist. Und heute ist es so, daß wir mehr Waren ins Ausland verkaufen, als wir vom Auslande einführen. Wir würden also bei autarker Wirtschaft durch Wegfall der Ausfuhr mehr Arbeitsmöglichkeit verlieren, als wir durch Wegfall der Einfuhr gewinnen könnten.“

„Das ist ja ohne weiteres einleuchtend, wenn unsere Ausfuhr größer ist als unsere Einfuhr. Aber man sollte doch dann nicht glauben, daß trotz alledem immer wieder die Forderung nach Autarkie erhoben wird.“

„Nun, es ist ja auch weniger vernünftige Ueberlegung, was zu dieser Forderung treibt, sondern, neben den bis jetzt ausgezeigten Gesichtspunkten, die nur ver einzeln und auch bisher wenig wirksam für die Forderung nach Autarkie geltend gemacht werden konnten, ist es vielmehr die blöde und unvernuünftige nationalistische Agitationspolitik der Nazis, die diese ganze Frage in die öffentliche Distussion geworfen hat.“

„Das stimmt auch.“ Gerade in den Naziverfassungen und deren Zeitungen wird soviel von der Autarkie oder nationalen Selbständigmachung geredet und geschrieben. Wenn ich nicht irre, wollen sie auch darin eine besondere Waffe gegen die Repa-

Der Wert des Sozialismus.

Es wird gesagt, daß eine sozialistische Wirtschaft, die der persönlichen Initiative des Unternehmers, der durch das Profitstreben zu Höchstleistungen angestachelt werde, entbehre und die von der Verbürokratisierung der Wirtschaftsleitung bedroht werde, im Durchschnitt der Jahre weniger produzieren würde als, trotz aller krisenhaften Rückschläge, die kapitalistische. Wir sind da anderer Meinung und glauben, daß die Produktivität einer planvoll geleiteten sozialistischen Wirtschaft unbedingt größer sein muß als die einer kapitalistischen, zumal gerade die letztere in großem Umfang verbürokratisiert ist, und, wie es sich in der Krise herausgestellt hat, die kapitalistischen Wirtschaftsleiter, die Spitzen des Finanz- und Industriekapitals, ihren Aufgaben weder privatwirtschaftlich noch volkswirtschaftlich gewachsen sind. Der Kapitalismus wäre jedoch selbst dann zum Verschwinden, wenn eine sozialistische Wirtschaft nicht in der Lage wäre, auf die Dauer größere Produktmengen herzustellen als die kapitalistische. Wir glauben, daß die folgenden Hinweise die

Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus

vom Standpunkt des Proletariats selbst dann begründen würden, wenn der Kapitalismus im Durchschnitt der Konjunktur- und der Krisenperioden etwas mehr produzieren könnte als die sozialistische Wirtschaft.

Erstens räumt der wahre demokratische Sozialismus mit der Herrschaft einiger wenigen auf, die dank ihres Besitzes an Produktionsmitteln die Wirtschaft beherrschen. An Stelle der Willkürherrschaft weniger Begünstigter tritt die Selbstbestimmung der Gesellschaft, die über die Verwendung der Produktionsmittel zugunsten der Gesamtheit verfügt. Je mehr die monopolistische Herrschaftsmacht der Industrieherrschöge in der hochkapitalistischen Wirtschaft anwuchs, je mehr sich die Mißbräuche der Monopoherrschaft und die Unfähigkeit der Wirtschaftsführer herausstellten, um so stärker muß der Wunsch sein, dieser volksfeindlichen Herrschaft den Garaus zu machen.

Zweitens räumt der Sozialismus mit den gewaltigen Einkommensunterschieden im Kapitalismus auf, die objektiv zu den schwersten wirtschaftlichen und sozialen Schäden führen, subjektiv aber vor dem erwachten sozialen Bewußtsein des modernen Proletariats moralisch immer unerträglicher geworden sind. Die Empörung, daß die Herren Generaldirektoren selbst heute, wo Millionen und aber Millionen dem Elend preisgegeben sind, noch fürstliche Einkünfte beziehen, ist ein Zeichen dafür, daß die kapitalistische Einkommensverteilung auf die Dauer als etwas Unträgliches empfunden wird.

Drittens will die kapitalistische Wirtschaft das Recht auf Arbeit und auf Sicherung der Existenz nicht anerkennen, während jede sozialistische Wirtschaftsordnung diese Rechte als ihre Grundpfeiler aufrechten würde. Zwar sorgen auch einzelne kapitalistische Staaten für ihre Arbeitslosen. Sofern das aber geschieht, so wird dadurch ein im Wesen antikapitalistisches Prinzip verwirklicht. Und so sehen wir denn auch, daß der soziale Schutz nur mit äußerster Anstrengung erkämpft werden kann und daß er bei jeder Verschlechterung der Wirtschaftslage von neuem bedroht wird.

Viertens ist es die Krise selbst, die als die schauerlichste Mißgeburt des Kapitalismus angeprangert werden muß. Selbst im Falle, daß der Kapitalismus im Durchschnitt von Konjunktur und Krise mehr produzieren könnte als eine sozialistische Wirtschaft ohne Hochkonjunktur und ohne Krise, selbst dann wäre die sozialistische Wirtschaft der kapitalistischen unter allen Umständen vorzuziehen. Den von der Krise heimgesuchten Arbeitern ist es kein Trost, daß sie später in Zeiten eines neuen Aufschwungs vielleicht wieder gut verdienen werden. Das Elend, das die Krise stiftet, die Demütigung und Verzweiflung der Arbeitslosen, die Vernichtung zahlreicher Existenzen sind Schicksalschläge, die auch durch eine bessere Versorgung in der Zeit der Hochkonjunktur nicht aufgewogen werden. Was der Arbeiterklasse in der Krise genommen wurde, das läßt sich später überhaupt nicht wieder gutmachen.

Wenn demgegenüber von Vertretern des kapitalistischen Wirtschaftssystems behauptet wird, die Krise sei auch im Sozialismus möglich, ja unvermeidlich, so ist diese Behauptung bestimmt falsch. Freilich können auch in einer sozialistischen Wirtschaft Fehlinvestitionen erfolgen, wenn der Wirtschaftsplan unrichtig aufgestellt oder durchgeführt wird, oder wenn unvorhergesehene Ereignisse eintreten. Aber — wie Otto Bauer in seinem Buch „Nationalisierung, Zentralisierung“ so überzeugend schildert — die wichtigsten Verlustquellen der Wirtschaft können in einer sozialistischen Wirtschaft leicht verstopft werden. Verlustquellen, die sich einmal daraus ergeben, daß das kapitalistische Privatinteresse und das Interesse der Volkswirtschaft nicht zusammenfallen, so daß immer wieder Handlungen der Privatkapitalisten erfolgen, die zwar für sie günstig sind, jedoch der Volkswirtschaft schaden.

Was aber hier betont werden soll, ist die Tatsache, daß die Wirkungen von Fehlinvestitionen im Kapitalismus ganz andere sind als im Sozialismus. Im Kapitalismus müssen sie zu Mißverhältnissen (Disproportionalitäten) führen und damit zur Krise, während im Sozialismus solche Fehlleistungen nur die zeitweilige Verminderung des Produktionszuwachses, nicht aber die krisenhafte Erschütterung der Wirtschaft zur Folge haben.

So eindeutig und klar demnach die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaft gegenüber der kapitalistischen vor uns stehen, so sehr auch die Einsicht der breiten Massen über die wirtschaftliche und moralische Verwerflichkeit des Kapitalismus gerade in der Krisenzeit wächst, so schwierig ist die Beantwortung der anderen Fragen,

welche Ausichten für die Verwirklichung des Sozialismus

vorhanden sind und welche Wege zum Sozialismus führen. Denn die sofortige und volle Verwirklichung des Sozialismus scheitert sowohl an den politischen Machtverhältnissen wie an wirtschaftlichen Beharrungsvermögen, das die Entstehung neuer Wirtschaftsformen mit einem Schlag nicht gestattet und sie nur in einem fortlaufenden Prozeß allmählich zuläßt. Kann doch selbst in Sowjetrußland, wo die politischen Machtverhältnisse sich unbeschränkt in der Hand der herrschenden Regierung befinden, die neue Wirtschaftsform sich nur allmählich durchsetzen.

In unserer Zeit der gewaltigen Wirtschaftskrise erfolgen nun die schärfsten Eingriffe in die Wirtschaft, Eingriffe, die die Grundfesten der kapitalistischen Wirtschaftsfreiheit erschüttern und die in diesem Umfang bisher allein in der Kriegswirtschaft erfolgten. So redet man heute mit Recht vom Staatskapitalismus, worunter nicht nur die Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft, sondern gerade jene weitestgehenden Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit des Kapitalismus verstanden werden. Mit demselben Recht kann gleichzeitig festgestellt werden, daß die staatlichen Eingriffe, die die kapitalistische Wirtschaft zu einem Staatskapitalismus umwandeln, überwiegend derart sind, daß sie nicht dem Proletariat, sondern den Unternehmern nützen, ihnen Subventionen auf Kosten der Allgemeinheit zuleiten, sie auf mannigfaltige Weise entlasten. Beide Feststellungen sind richtig. Trotzdem ist unter dem Gesichtspunkt der sozialistischen Verwirklichung diese Wandlung zum Staatskapitalismus hin nicht gleichgültig. Dadurch, daß den bisher festesten Grundprinzipien des Kapitalismus der Boden abgegraben wurde, wird der Weg auch für einen sozialistischen Aufbau freigelegt, wenn die Kräfte da sind, die eine solche Entwicklung erzwingen können. Diese Entwicklung erstrebt unsere Forderung nach Planwirtschaft. Die Erschütterung des Kapitalismus und die Entwicklung zum Staatskapitalismus hin müssen es möglich machen, neue Elemente in die Wirtschaftsverfassung einzubauen, die nicht kapitalistisch sind, sondern sich am volkswirtschaftlichen Interesse der Allgemeinheit orientieren. Diese planwirtschaftlichen Eingriffe beziehen sich heute, angesichts der gewaltigen Arbeitslosigkeit und der wachsenden Mißverhältnisse zwischen den einzelnen Gliedern der Volkswirtschaft, vor allem auf die Monopol- und die Kreditkontrolle, die gleichzeitig die

weitgehende Kontrolle der Produktion einschließt. Da der Kapitalismus in der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten versage, müssen planwirtschaftliche Eingriffe zugunsten der Arbeitsbeschaffung mit Hilfe der staatlichen Einrichtungen erstrebt werden. An der Erfüllung dieser Aufgaben, deren Durchführung die weitgehende Einschränkung der Willkürmacht der Kapitalisten bedeuten würde, sollen die Kräfte wachsen, die zur Verwirklichung des Sozialismus verhelfen. A. H.-I.

Der Kalibergbau in Rußland.

Große Pläne, aber zuwenig Talen.

Wir lesen in der „Pravda“ vom 6. Oktober 1931:

„In diesem Jahre erhielt unser Land zum erstenmal sowie russisches Stahl, das mit größter Mühe und unter größten Anstrengungen, dank dem selbstlosen Kampfe der Arbeiter und der Metallingenieure für die Verwirklichung der Generallinie der Partei, gefördert werden konnte. Das Kalibergwerk in Solikamsk wird im laufenden Jahre der Landwirtschaft 135 000 T. Stahl geben, im 1. Halbjahr wurden bereits 61 000 T. gewonnen.“

Im kommenden Jahre muß das erste Kalibergwerk mindestens 1 Million T. Kalifalze abliefern und in der Folgezeit seine Leistungsfähigkeit bis auf 2,5 Mill. T. jährlich steigern. Das ist ein gewaltiges Bergwerk, das seinesgleichen nicht einmal in Deutschland hat, das doch eine achtzigjährige Erfahrung im Ausbau der Kalindustrie besitzt.

Die Vorbereitung des Bergwerks zum Betrieb ist aber nicht nur mit seiner rechtzeitigen Inbetriebnahme und der Beförderung des Kalibergs an die Oberfläche gleichbedeutend, sondern sie heißt auch die Möglichkeit voraus, das Stahl den Feldern zuzuführen. Hierfür müssen Transportmöglichkeiten gesichert werden. Es müssen beim Bergwerk selbst Zufuhrbahnen angelegt und Bahnen für die Abfuhr der Salze aus den Schächten gebaut werden. Dazu sind Schienen erforderlich. Nach einem Befehl des Obersten Volkswirtschaftsrates sollte die Bauverwaltung über 1000 T. Schienen erhalten, bis heute ist jedoch keine einzige Tonne geliefert worden.

Der Bau des Solikamsker Flußhafens wird zwar unter der größten Anspannung durchgeführt, jedoch erklärt die Bauleitung sowie auch das Volkswirtschaftsamt für Wassertransport, daß der erste Kai erst für das Verladen der Kalifalze zu Beginn der Schifffahrperiode im Frühjahr 1932 fertiggestellt sein werde. Aber auch hier kann ein Umstand den Verland der Kalifalze auf dem Wasserwege unmöglich machen: es muß erst eine Eisenbahnlinie zur Verbindung mit dem Hafen gebaut werden. Die Berner Eisenbahn, die für diesen Zweck bereits 100 000 Rubel erhielt hat mit dem Bau weber begonnen, noch zeigt sie das Bestreben ihn in Angriff zu nehmen, indem sie sich auf den Mangel an Arbeitskräften beruft. Die Kalibergvereinigung, die an der rechtzeitigen Fertigstellung der Zufuhrbahnen nach dem Hafen interessiert ist, hat erklärt, daß sie die Sorge für die Bereitstellung von Arbeitskräften übernehme, dennoch hat die Berner Eisenbahn die Bauarbeiten immer noch nicht eingeleitet.

Ungeachtet des ganz klaren Beschlusses des Rates für Arbeit und Landesverteidigung vom 26. Juni, durch den die Volkswirtschaftsamt für Wassertransport und Verkehrsweisen angewiesen wurden, innerhalb von zwei Monaten die für die Sicherung des Abtransports der Kalifalze nach den Bedarfsbezirken erforderlichen Maßnahmen auszuarbeiten, sind bisher keinerlei ernste praktische Schritte in dieser Richtung unternommen worden.

Im ersten Kalibergwerk sind 20 Millionen Rubel investiert und ausländische Einrichtungen sind dafür für über 3 Millionen Rubel gekauft worden. Arbeitskräfte sind gegenwärtig auf dem Bau vorhanden. Die grundlegenden Bauarbeiten, die für die Inbetriebnahme des ersten Kalibergwerks erforderlich sind, werden zum Abschluß gebracht werden, vorausgesetzt, daß die Lieferung mit Aufstoffen weiterhin in vollem Umfange durchgeführt wird. Die Erfüllung der Direktive der Partei, daß das Bergwerk fristgemäß in Betrieb zu setzen sei und daß dem Lande Beschäftiger geliefert werden müsse, bleibt mithin von den oben erwähnten sehr wichtigen Rückständen abhängig, die unverzüglich beseitigt werden müssen.“



Rameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 10. bis 16. Januar 1932

rationsgläubiger erblicken. Aber ich werde nicht recht klug daraus, was das mit den Reparationen zu tun hat.“

„Diese Meinung, mit Autarkie die Reparationen zu treffen, beruht eben auf der Tatsache, daß Reparationen, also Zahlungen an das Ausland, nur geleistet werden können, wenn zwischen uns und dem Ausland ein Warenhandel besteht. Durch Autarkie soll dieser Warenhandel beseitigt und damit die Reparationszahlung einfach und natürlich unmöglich werden.“

„Wir bezahlen doch Reparationen mit Geld und nicht mit Waren. Also hat das doch nichts mit dem Warenhandel mit dem Auslande zu tun.“

„Wir zahlen Reparationen nur anscheinend mit Geld. In Wirklichkeit kann man nur mit Waren, zum kleinen Teil auch mit Dienstleistung, Schulden an das Ausland bezahlen.“

„Das verstehe ich nicht.“

„Dann will ich dir das wieder an einem Beispiele klar machen. Nehmen wir an, daß wir jährlich zwei Milliarden Mark an Reparationen zu zahlen haben. Wie geht das vor sich?“

„Nun, wenn die Schuld fällig ist, dann kaufen wir bei der Großbank für zwei Milliarden Mark Franken, Dollar oder englische Pfund Sterling und zahlen dieses Geld an die Gläubiger.“

„Sehr richtig! Aber was geschieht jetzt mit den zwei Milliarden Mark, die wir für das ausländische Geld, also für Devisen, an der Bank eingetauscht haben?“

„Ja, die muß die Großbank wieder an Deutschland zurückverkaufen.“

„Und womit bezahlt Deutschland diese Mark, die es zurückkaufen will?“

„Es muß sie mit Devisen kaufen.“

„Und woher bekommt es diese Devisen?“

„Am — ja, ich weiß das im Moment nicht.“

„Siehst du, hier liegt der Haken. Wenn nämlich jetzt Deutschland sich bei einer anderen Bank zuerst die Devisen kauft, gegen zwei Milliarden Mark, dann hätte sich immer noch nichts geändert. Es würde also dann wohl an einer Stelle zwei Milliarden Mark wieder „einkaufen“, hätte dieselben aber vorher an einer anderen Stelle schon wieder ausgegeben.“

„Ja — aber wie löst sich denn dieses Rätsel? Tatsächlich hat doch Deutschland schon so viele Milliarden an das Ausland bezahlt und unser Marktreichtum ist doch nicht viel kleiner geworden, also haben wir doch die Mark immer wieder hereinbekommen.“

„Sehr richtig! Nur beruht das darauf, daß wir uns jahrelang einfach das Geld, das wir ans Ausland zahlen mußten, vorher vom Ausland gepumpt haben. Und soweit wir

das nicht tun oder tun könnten, da haben wir uns die notwendigen Devisen eben gegen Waren eingetauscht.“

„Aha — ich verstehe jetzt. Du willst sagen, daß dann, wenn wir zur Zahlung von Auslandsschulden zuerst für deutsche Mark Devisen kaufen, um damit die Zahlung zu leisten, daß dann später für diese deutsche Mark in Deutschland Waren gekauft werden müssen, damit sie wieder nach Deutschland zurückfließen.“

„So ist es. Machen wir uns das an einem noch einfacheren Beispiel klar und nehmen wir an, daß wir zur Reparationszahlung an Frankreich sechshundert Millionen Frank haben müssen. Da wir selbst keine Frank besitzen, müssen wir uns dieselben für deutsche Mark bei der Bank eintauschen. Ist das eine deutsche Bank, dann muß sich diese zuerst bei einer französischen Bank das Geld eintauschen. So geschieht es also, daß am Schlusse dieses Geschäftes der französische Staat im Besitze seiner sechshundert Millionen Frank für Reparationen ist, wofür aber jene französische Bank, von der diese Franken eingetauscht wurden, nach dem heutigen Kurse hundert Millionen deutsche Mark in Händen hat. Diese deutsche Mark aber kann sie nicht in Frankreich benutzen, da die Mark nur bei uns in Deutschland im Verkehr ist. Sie wird also diese Mark nur dann los, wenn sie dafür in Deutschland Waren kauft oder in Frankreich einen anderen findet, der in Deutschland Waren kaufen will. Du siehst also, das, was anfangs nur ein reines Geldgeschäft mit dem Auslande war, muß in seiner Endwirkung zu einem Warengeschäft werden. Wäre dieses Warengeschäft unmöglich, dann wäre auch das Geldgeschäft unmöglich, weil sich ja niemand fände, der uns Franken gegen Mark verkauft, wenn der Betreffende mit dieser Mark nachher nichts mehr anfangen könnte. Und aus diesem Grunde glauben die Phrasenreder der Nazis durch Autarkie die Reparationsfesseln prengen zu können.“

„Rein theoretisch stimmt das ja auch — nicht wahr?“

„Gewiß. Aber rein theoretisch stimmt ja auch, daß dann, wenn wir einen tiefen Schatz graben würden und dort Gold in Hülle und Fülle fänden, wir aus aller Not heraus wären. Es kam eben nicht auf die Theorie an, sondern darauf, was tatsächlich möglich ist. Und wir haben ja auch vorhin gesehen, daß diese Theorie der Nazis schon deshalb Phantastie genannt werden muß, weil die Autarkie schon im Prinzip nicht möglich ist.“

„Da fällt mir ein, daß bei der ganzen Betrachtung ja auch nicht nur die Reparationsschulden eine Rolle spielen dürften, sondern auch die Tatsache, daß wir fünfundzwanzig Milliarden Mark private Schulden an das Ausland zu zahlen haben. Also brauchen wir für die Zinszahlung und Amortisierung dieser Schuld ja auch schon den Außenhandel.“

„Ganz recht. Macht doch schon die Zinszahlung für diese Auslandsschulden allein rund zwei Milliarden Mark aus, die also genau auf demselben Wege sich vollzieht wie die Reparationsleistung.“

„Das ist ja auch der Streit zwischen den einzelnen Staaten, nicht wahr, daß durch diese hohe Zahlungsleistung Deutschlands an das Ausland die deutsche Ausfuhr von Waren so stark steigt, daß davon die Volkswirtschaften der anderen Staaten sehr stark getroffen werden.“

„Natürlich! Es ist so, daß jedes Ansteigen des deutschen Warenverkaufs ins Ausland sofort selbst Rückgang der Produktion und der Arbeitsmöglichkeit bedeutet.“

„Wäre es denn da nicht besser, statt Autarkie zu fordern, einen internationalen Ausgleich im Wirtschaftsverkehr zu schaffen?“

„D gewiß. Das ist ja auch das Streben gerade der Arbeiterbewegung. Nur ist das wohl erst möglich unter natürlichen Wirtschaftsverhältnissen, die nicht einer stetigen Zerrüttung ausgesetzt sind durch die Auswirkung der heute noch bestehenden unnatürlichen Zahlengeschäfte aus politischer Verschuldung. Deshalb gewinnt ja auch die kommende Reparationskonferenz so besonders hohen Wert, weil durch sie die politische Schuldenzahlung eine neue Regelung erfahren soll.“

„Wie denkst du dir denn eigentlich einen solchen internationalen wirtschaftlichen Ausgleich?“

„Ganz einfach: Europa müßte sich zusammenfinden zu einem einzigen Wirtschaftsgebiete. Es müßten also alle Zollmauern fallen, aber auch vollkommene Wanderungsfreiheit für die Arbeiter geschaffen werden.“

„Das wäre ja gerade das Gegenteil von Autarkie.“

„Das wohl. Aber das ist der einzige Weg, auf dem sich die Entwicklung der europäischen Wirtschaftsgesellschaft zu höheren Formen vollzieht. Die Entfaltung der heutigen Wirtschaftsgesellschaft beruht auf der fortschreitenden Arbeitsteilung bei fortschreitender Vermannigfachung der Produktionsmöglichkeiten. Arbeitsteilung aber sowie Vermannigfachung der Produktionsmöglichkeiten steigen mit dem zahlenmäßigen Wachstum der organisch zusammengehörigen Wirtschaftsgruppe und ihrer geographischen Ausbreitung auf alle, die notwendigen Wirtschaftsprодукte bringenden Gebiete. Eine Abzerrückung und ein Sich-Zurückziehen der einzelnen Völker auf ihren nationalpolitischen Lebensraum würde deshalb nur Verkümmern ihrer Wirtschaftsmöglichkeiten bringen können, während ihre wirtschaftsorganisatorische Vorbereitung zu einem organisch-europäischen Zusammenwirken eine ungeahnte Entfaltung auslösen müßte.“ P. Z.

Die Lage der Arbeiterbank.

Die Gegner der Gewerkschaften aller Schattierungen bemühen sich seit Monaten, nachdem sie gesehen haben, daß der unmittelbare Kampf gegen die Gewerkschaften den erwarteten vollen Erfolg nicht erbrachte, uns Abbruch zu tun, indem sie das Vertrauen in das Geldinstitut unserer Bewegung, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG., zu erschüttern suchen. Mit allen möglichen tödlichen Mitteln versucht man Stimmung gegen die Bank zu machen. In einem Teil der Presse werden in geringen Zeitabständen Behauptungen über die Verhältnisse und den Stand unserer Arbeiterbank verbreitet, deren Charakter und Inhalt eine auffallend weitgehende Verwandtschaft aufweist, obwohl sich die Pressefront, der wir uns gegenüber sehen, aus ebenso weitgehend verschiedenen Elementen zusammensetzt. Es gehören zu ihr Blätter vom Kaliber der „Deutschen Bergwerkszeitung“, aber auch Zeitungen, die die Vertretung von Arbeiterinteressen als ihre Aufgabe bezeichnen. Bisher ist alles an dem gesunden Sinn der Gewerkschaftskollegen gescheitert, denn ihnen steht zu klar noch der Beweis der Solidität vor Augen, den das Institut in den Tagen der Bankenkrise im Juli 1931 weithin sichtbar erbracht hat. Sie sind sich noch bewußt, daß die Arbeiterbank als eine selbsterhaltende Einrichtung in stande war, allen Anforderungen ihrer Einleger unbegrenzt zu entsprechen, daß sie nicht gezwungen war, zu den sonst in der Bankwelt allgemein angewandten Mitteln der Rationierung der Auszahlungen zu greifen.

Wir hätten deshalb auch keine Veranlassung, uns eingehender mit der Arbeiterbank und ihrer Lage zu befassen, da wir ja eigentlich schon so feststeht, wiederholen könnten. Die Tatsache jedoch, daß sich neuerdings die „Sozialistische Wochenzeitung“ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (Nr. 17 vom 23. Dezember) mit einem Artikel unter der Überschrift „Die Arbeiterbank gefährdet“ jener oben gekennzeichneten Pressefront zugesellt hat, hat uns die Anregung gegeben, einige genauere Mitteilungen zu machen.

Wenn die „Soz. Wochenzeitung“ behauptet, daß der Leiter der Arbeiterbank, Bache, den Standpunkt vertreten habe und vertritt, daß die Einlagen des Instituts nicht fest genug angelegt werden könnten, so stellt das Blatt den tatsächlichen Sachverhalt völlig auf den Kopf. Im Gegenteil hat die Direktion der Arbeiterbank immer das allergrößte Gewicht darauf gelegt, die dem Bankinstitut zur Verfügung stehenden Mittel so zu verwenden, daß eine möglichst große Liquidität gewährleistet war. Schon der Vergleich der wiederholten öffentlichen Darlegungen des Leiters der Arbeiterbank, Bache, so in der Zeitschrift „Die Arbeit“ 1928, S. 8, ist geeignet, die Ungerechtigkeiten der Behauptungen darzutun. Gerade aber auch die schon eingangs erwähnte Tatsache, daß es der Arbeiterbank in den Krisenlagen des Juli 1931 möglich war, allen Ansprüchen ihrer Einleger gerecht zu werden, beweist, daß die Leitung der Arbeiterbank den Grundsatz der Liquidität nicht nur in der Theorie vertreten, sondern auch in der Praxis nermittelt hat.

Uns liegt die seitens der Arbeiterbank der Reichsbank eingereichte Bilanz vom 30. November 1931 vor. Daraus ergibt sich, daß der Gesamtvermögenbestand des Instituts an diesem Tage 139 333 000 M. betrug. Demgegenüber waren an flüssigen Mitteln vorhanden:

- rund 700 000 M. Kasse;
- rund 600 000 M. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken, also vor allen Dingen bei der Reichsbank;
- rund 2 250 000 M. Wechsel und unverzinsliche Schaganweisungen;
- rund 40 500 000 M. Guthaben bei Banken und Bankfirmen;
- rund 13 500 000 M. eigene Wertpapiere.

Die Betrachtung dieser Ziffern wird jedem auch nur einigermaßen Sachverständigen den schlagenden Beweis erbringen, daß hier mit einer Rücksicht auf die Liquidität vorgegangen worden ist, wie sie in größerem Ausmaß wohl nirgendwo vorhanden sein dürfte.

Mit der Angabe insbesondere der lehrerwähnten Zahl ist auch schon die Legende vernichtet, die die „Soz. Wochenzeitung“ aufzubringen versucht, indem sie behauptet, Bache habe die Depositionen vor allen Dingen in Pfandbriefen festgelegt. In eigenen Wertpapieren besitzt die Bank insgesamt knapp 9 Prozent ihrer Bilanzsumme, die rund 137 000 000 M. beträgt; davon wieder (von jenen 9 Prozent) machen Pfandbriefe und sonstige festverzinsliche Wertpapiere etwa 1/2 bis 2/3, also im Höchstfalle 6 Prozent aus.

Alle Kombinationen des Blattes nach dieser Richtung hin fallen also in sich selbst zusammen. Auch die Behauptung der Beteiligung an einer ganzen Reihe von Unternehmen ist ohne weiteres aus den Zahlen der erwähnten Zwischenbilanz zu widerlegen. Beteiligungen figurieren dort mit 4,25 Mill., also mit knapp 3 Prozent der Bilanzsumme.

Infolge ihres guten und in sich festgelegten Standes hat es die Arbeiterbank im Gegensatz zu mancher anderen Bank auch in diesen krisenhaften Zeiten nicht nötig gehabt, irgendwelche Hilfe von anderen Instituten in Anspruch zu nehmen. Dies bezieht sich ebenso auf Institute des Reiches und der Länder wie auch auf private Institute. Insbesondere ist es völlig aus den Fingern gesogen, daß irgendeine Verbindung zwischen der Arbeiterbank und der Garantie- und Akzeptbank bestände. Eine solche Verbindung besteht auch nicht leitens irgendeiner mit der Arbeiterbank in Beziehung stehenden anderen Stelle. Und ebensowenig hat die Arbeiterbank irgendwelche besonderen Kredite oder Hilfestellungen von der Reichsbank in Anspruch genommen.

Kann man somit ohne weiteres feststellen, daß die Gesamtsituation der Arbeiterbank durchaus solide und in sich vollkommen gefestigt ist, so ergibt sich daraus zugleich die Unnützigkeit der Behauptung, innerhalb des Aufsichtsrats der Arbeiterbank sei eine Distinon über das Verschulden an der gegenwärtigen Situation des Instituts im Gange. Wir können ausdrücklich feststellen, daß der Aufsichtsrat keinerlei Veranlassung hatte sich mit dieser oder ähnlichen Fragen irgendwie zu befassen und daß insbesondere der Kollege Oswald Schumann, dessen Stellungnahme in der „Soz. Wochenzeitung“ besonders erwähnt wird, im völligen Einvernehmen mit den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern sowie der Direktion die Geschäftspolitik der Arbeiterbank billigt und in der Beurteilung ihrer Lage mit den leitenden Organen der Bank restlos übereinstimmt.

Völlig den Tatsachen widersprechend sind auch die Ausführungen der „Soz. Wochenzeitung“ über die Geschäftsbeziehung zwischen der Arbeiterbank und der Bankfirma Bett, Simon & Co. Ueber diese Verbindung und ihre Ausdehnung besteht und bestand innerhalb der gesamten Verwaltung, Aufsichtsrat und Direktion, niemals die leiseste Meinungsverschiedenheit. Im übrigen spielt diese Verbindung innerhalb des Gesamtrahmens der Arbeiterbank eine außerordentlich geringe Rolle, wie sich allein schon daraus ergibt, daß die Guthaben der Arbeiterbank bei diesem Bankhaus noch nicht 0,015 Prozent der Guthaben bei Banken überhaupt ausmacht. — Hält man sich alles das vor Augen, so wird man zu der Feststellung kommen müssen, daß die von der „Soz. Wochenzeitung“ aufgestellten Behauptungen insgesamt wie in allen Einzelheiten jeglicher Begründung entbehren. Was man mit der Miene des Wissenden der Öffentlichkeit übergab, erweist sich Stück um Stück als Legende. Und welches immer die Motive gewesen sein mögen, die das Blatt leiteten, als es seinen Artikel über die Arbeiterbank veröffentlichte — die Wirkung war die Gefährdung des Ansehens wie des materiellen Kredit des Geldinstituts der Arbeiterbewegung. Es fällt diesem Tatbestande gegenüber schwer, den Gedanken an einen böswilligen Versuch der Herabsetzung des Finanzinstituts der Gewerkschaften von sich zu weisen. Aber der Vorwurf eines äußerst leichtfertigen Umganges mit den Mitteln und der Verantwortung der Presse muß gegen die „Soz. Wochenzeitung“ erhoben werden — und das in einem Falle, in dem schwerwiegende Interessen der deutschen Arbeiterbewegung in Frage kommen.

Aus dem Ruhrrevier.

Es bleibt dabei:

Einheitsverband (RGO.) und Zechenverband Arm in Arm.

In der kommunistischen Maternepresse wird im „Grubenarbeiter“ Nr. 29, Ausgabe 11, Dezember 1931, bemüht sich der Bonze Springer vom „Einheitsverband“, die in der Gesamtarbeitskammerführung vom 10. November 1931 unter seiner Führung begangene Schandtat zu verwischen. In dieser Sitzung stimmten die Vertreter des Einheitsverbandes mit dem Zechenverband gegen die Interessen der Bergarbeiter.

Es steht attemmäßig fest, daß die Arbeitnehmervertreter — Arbeiter- und Angestelltengruppe — zur Arbeitsmarktlage im Ruhrbergbau in der vorbezeichneten Sitzung eine Entschließung vorlegten, in der die im Tarifvertrag vorgeordnete Siebenstundenschicht als dringender denn je bezeichnet wird.

Daß die Siebenstundenschicht eine Nachfrage allerersten Ranges ist und jetzt die Zeit zur Entscheidung solcher Nachfragen nicht geeignet ist, mußten auch die Bonzen der RGO. in den ersten Januartagen d. J. erfahren. Trotz der 64 949 Stimmen, die sie bei der Betriebsratswahl und der 50 566 Stimmen, die sie bei der Arbeitskammerwahl im Jahre 1931 erhielten, blieb ihnen auch der allgeringste Erfolg in diesen Tagen verjagt. Nicht einmal ihre Funktionäre und Mitglieder auf den Schachtanlagen waren ihren Parolen und Streikaufrufen gefolgt. Von der rund 220 000 Mann starken Belegschaft im Ruhrbergbau kamen der Aufforderung zum Streik für die Siebenstundenschicht und gegen den Lohnabbau noch keine 1000 Mann nach.

Da die Arbeitnehmervertreter in der Arbeitskammer mit Zustimmung derer vom Einheitsverband keine „riesengroße Ochsen“ (Berzählung RGO.-Leute) sind und die Verhältnisse am 10. November 1931 richtig einschätzten, hatten sie in ihrer Entschließung als zur Zeit durchführbar noch die 40-stündige Arbeitswoche oder das Krümpersystem vorge schlagen.

Attemmäßig steht fest, daß in der Gesamtarbeitskammerführung vom 10. November 1931 Generaldirektor Wiskott für die Vertreter des Zechenverbandes und der Bonze Springer für die Vertreter des Einheitsverbandes gegen die Entschließung sich aussprachen!

Zechenverband und Einheitsverband lehnten die Entschließung, die die Siebenstundenschicht als dringender denn je bezeichnen und in der die 40stündige Arbeitswoche oder das Krümpersystem gefordert wird, ab.

Weiter steht attemmäßig fest, daß nach der Ablehnung in der Gesamtarbeitskammerführung die Entschließung an die Arbeitnehmergruppe — Arbeiter und Angestellten — zurückverworfen wurde. Es erfolgte darauf eine Abstimmung in der Arbeitnehmergruppe, die vom Generaldirektor Wiskott, als derzeitigen geschäftsführenden Vorsitzenden, vorgenommen wurde. Bei dieser Abstimmung stimmten in Gegenwart der Unternehmer von 31 anwesenden Arbeitnehmern 6 unter Führung des RGO.-Bonzen Springer dagegen, 4 Angestelltenvertreter unter Führung des oberen Bergbeamten Bergenthum enthielten sich der Stimme.

Dieses ist der dokumentarische und attemmäßige Nachweis der Einheitsfront zwischen RGO., RGO., Einheitsverband der Bergarbeiter und dem Zechenverband.

Hinzufügen wollen wir noch, daß die Entschließung nicht als eine der Gesamtarbeitskammer, sondern als Entschließung der Arbeitnehmergruppe in der Arbeitskammer angenommen ist, in der die RGO.-Leute noch nicht ein Fünftel der Mandate haben. Dieses auseinanderzuhalten, dazu reicht der beschränkte Horizont vom Format eines Bonzen Springer vom Einheitsverband nicht aus. Daher wirft er auch Nichtiges und Fauldes wie Kraut und Rüben durcheinander. Wenn dieses schon bei den Westesriesen des Einheitsverbandes der Fall ist, was kann dann von den Nachläufern erwartet werden? „Wie der Herr, so das Gescherr“, so lautet ein bekanntes Sprichwort.

Wie die Käse das Mäusen, so können die RGO.-Bonzen auch das Fälschen und Lügen nicht lassen, andernfalls sie ja keine gelehrigen Schüler Lenins wären. Lügen und Verleumdungen sind und bleiben ihre geistigen Waffen!!

Aus dem Bezirk Aachen.

Nichts will mehr ziehen.

Die Kommunisten sind schon seit Jahr und Tag berrüht, Dumme für ihre verbrecherischen Parolen einzufangen. Leider gibt es auch immer noch Arbeiter, die darauf hereinfallen.

Der Oktoberputsch hatte dies wieder treffend bewiesen. All die von den Kommunisten irreführten Bergarbeiter haben einsehen müssen, daß sie mit ihren Familien Opfer dieser Katastrophenpolitik geworden sind. Mit großen Verprechungen und auch Drohungen wurde Propaganda für den Oktoberputsch gemacht. Die eine Zechenbelegschaft wurde gegen die andere, das eine Revier gegen das andere ausgepielt.

Die Weltrevolution, von der sonst niemand mehr redet, sollte ausgerechnet hier an der schönen Bumm ausgelöst werden, um von hier aus ihren „amaufhaltamen“ Weg in alle Länder der Erde anzutreten. Da die Befolgigkeit aber sehr klein war, ist aus diesem großen Vorhaben wieder mal nichts geworden. Was übrigblieb, war Elend, das man bewußt in die Bergarbeiterfamilien hineingetragen hat. Um abzulenken, mußten neue Parolen geschmiedet werden. So zogen Mitte Dezember in dem Bereich der Grube Carolus-Magnus kommunistische Sprechdörner herum, die zu einem Streik für den 19. Dezember aufforderten. Kein Mensch hat sich darum gekümmert. Daraufhin beschloß man, im Eichweiler Bezirk am 24. Dezember eine große Demonstration zu arrangieren. Auch diese konnte wegen Mangel an Beteiligung nicht stattfinden. Man hat es vorgezogen, zu Hause zu bleiben.

Eine weitere Parole war, für den 31. Dezember einen neuen Generalkrieg auszurufen. Dieser sollte zuerst auf der Grube Eichweiler Referve ausgerufen werden. Damit die Parole besser zog, wollte man den Streik durch Mitglieder des Bergbauindustriearbeiterverbandes ausrufen lassen. Aber auch hier wiederum Pech, denn die von dem hohen Komitee als Ausrufer und Heilsverkünder vorgeordneten Apostel zahlten schon seit Jahr und Tag keinen Beitrag mehr im Verbande. Der letzte Beitrag wurde für die 39. Woche 1928 gezahlt. Das feine Bländchen geht dahin, möglichst viele Verbandsmitglieder in einen Streik zu treiben und sie dadurch in bewußten Gegenlag zu ihrer Organisation und deren Beschlüssen zu bringen. Diese Verbandsmitglieder sollen auf die Weise für den Ausschluß aus dem Verbande reif gemacht werden. Die Kommunisten hoffen dann Zuwachs zu bekommen. Bewußt und mit voller Absicht wollen sie organisierte Arbeiter um ihre Rechte, um Arbeit und Brot bringen und sie in Interesse der Unternehmer zur Machtlosigkeit treiben.

Kameraden, achtet auf die Verbrecher an der Arbeiterfront, weicht nicht auf euch und haltet ihnen ihr verbreche-

Das Rettungswesen im Bergbaubereich des Donezkothenbeckens.

Eine Regierungskommission hat in den Kohlenruben des Donezbeckens eine Untersuchung über den Zustand des Sicherheits- und Arbeitsschutzes durchgeführt. Dabei wurde auch der Stand des Rettungswesens einer Prüfung unterzogen. Die Ergebnisse der Arbeit sind in dem Buch: „Der Arbeitsschutz und der sanitäre Arbeitsschutz in der Kohlenindustrie im Donezbecken“, das 1931 in Moskau erschienen ist, veröffentlicht worden. Diefem Buche entnehmen wir folgende Angaben:

Im Vergleich zum Jahre 1924 kann man einen weiteren Ausbau des Rettungswesens feststellen. Im Jahre 1924 waren im Donezbecken 22 Rettungstationen, 1929 waren es 30. Die Zahl des Personals, das diese Stationen bedient, hat sich von 495 auf 789 erhöht. Von diesem Personal sind 310 ständig bei den Stationen angestellt, 352 bilden Reservekommandos, die meistens aus den im Bergwerk beschäftigten qualifizierten Untertagearbeitern bestehen. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter ist die Zahl der am Rettungswesen beteiligten Personen gewachsen. Auf 1000 in Kohlenbergwerken Beschäftigte (nämlich 137 000 im Jahre 1924 und 171 000 im Jahre 1929) entfallen 1924 etwa 3,3, im Jahre 1929 etwa 4,6 Personen an Rettungspersonal. Die Ausstattung der Stationen mit Rettungsgeräten und Transportmitteln hat sich ebenfalls verbessert, wie aus folgender Tabelle ersichtlich ist:

	Respiratoren	Belebungsapparate	Elektrische Sicherheitslampen	Autodrahtlinien	Autos	Pferde
1924	285	48	240	6	2	76
1929	507	79	435	8	21	136

Die Kommission sieht in diesem Wachstum, das im Tempo hinter dem Wachstum der Kohlenindustrie sehr weit zurückbleibt, die natürliche Folge der Tatsache, daß durch die stürmische Entwicklung der Kohlenförderung und durch besonders starke Inanspruchnahme der alten gefährlichen Schächte für die Kohlen-gewinnung der Wahrscheinlichkeitskoeffizient für Unfälle stark gestiegen ist. Außerdem aber stellt die Kommission große Mängel auf dem Gebiete des Rettungswesens selbst fest.

Das Rettungspersonal ist nicht groß genug und erreicht nicht die durch die Verordnung über das Rettungswesen im Bergbau festgelegte Norm. Das Personal ist auch ungenügend geschult. Die Leute kennen sich nicht in den von ihnen bedienten Schächten aus. Übungen zur Erlernung der richtigen Anwendung der Respiratoren und zur Ausführung der sonstigen bei Bergwerkskatastrophen erforderlichen Rettungsarbeiten werden in ungenügendem Maßstabe durchgeführt. Für die Rettungsarbeiten wirkt es sehr hemmend, daß das Personal sehr weit von den Stationen wohnt und es eine geraume Zeit dauert, bis es auf der Stelle der Katastrophe erscheint. Außerdem ist die Benachrichtigung über Unfälle und Signalförderung nicht in Ordnung. Es fehlt oft die direkte telefonische Verbindung zwischen den gefährlichen Schächten und den Rettungsstationen. Oder die Leitungen sind so besetzt, daß man 15 bis 20 Minuten braucht, um die Rettungsstation zu erreichen. Viele vom Personal haben keine elektrische Signallinien in ihren Wohnorten, die von den Stationen aus bedient werden können.

Besonders schlecht ist es um die Rettungsgeräte bestellt. Fast auf allen Rettungsstationen entspricht die Zahl der Rettungsgeräte (Respiratoren, Belebungsapparate, Sicherheitslampen) nicht einmal den niedrigsten Formen, die in der Verordnung über Rettungswesen festgelegt sind und reichen für die Übungs- und Rettungszwecke nicht aus.

Die Kommission unterstreicht, daß es beim Vergleich der Versorgung mit den Rettungsgeräten in Sowjetrußland und dem Ausland festgestellt werden muß, daß, wenn in Deutschland in einigen Kohlenrevieren die Respiratoren nach tausenden gezählt werden, sie im Donezbecken nur in hunderten vorhanden sind. Dabei sind die russischen Respiratoren meistens veralteter Konstruktion (Modell Dräger 1904-09). Ueberdies sind die Apparate sehr oft reparaturbedürftig.

Wie schlecht es mit der Versorgung mit Rettungsgeräten steht, sehen wir zum Beispiel im Gorlow-Rayon, wo die durch Gas- und Kohlenstaubgefahr am meisten bedrohten Bergwerke liegen. Die in diesem Rayon funktionierenden Stationen benötigen für die Übungszwecke 31 Respiratoren (alter Konstruktion) und besitzen 18; für die Rettungsarbeiten sind 61 Respiratoren (neuer Konstruktion) nötig, tatsächlich sind nur 29 vorhanden.

Die Verordnung über das Rettungswesen schreibt vor, daß die Stationen außer dem Pferdetransport noch einen extra ausgestatteten Autotransport (Autodrahtlinien und Lastautos) haben müssen. Die vorhandenen Transportfahrzeuge können aber weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht die Bedürfnisse befriedigen. Es sind — wie oben gezeigt wurde — im ganzen Donezbecken nur 8 Autodrahtlinien und 21 Autos vorhanden. Sie reichen für den Rettungsdienst nicht aus und werden sehr oft überlastet, was die Schnelligkeit des Dienstes hemmt und außerdem zu Beschädigungen führt. In einigen Orten befinden sich die Garagen und Pferdeboxen in einer großen Entfernung (1,5 Kilometer) von der Rettungsstation. Die rechtzeitige Ankunft der Rettungskommandos an den Katastrophenstellen wird auch durch den schlechten Zustand der Wege sehr erschwert. Im Frühjahr und im Herbst sind die Wege schwer befahrbar, so daß die Rettungsstationen mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Transport dann besonders schlecht auskommen können.

Achtung! Ortsverwaltungen!

Die Berichtstare über die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist spätestens am 4. eines jeden Monats auszufüllen und abzulenden.

schieses Tun vor Augen und fällt nicht auf die gleichwertigen Phrasen der Einheitsapostel herein. Wie diese Menschen die Phrasen von der Einigkeit und der Einheit in die Tat umsetzen, ist genügend bekannt. Einer verrät den anderen, einer denunziert den anderen, nichts gelingt mehr. Jeder Beschluß oder Plan wird von ihren eigenen Leuten verraten. Jeder wittert in dem anderen einen Verräter.

Hierfür auch ein schönes Beispiel. Auf der Grube Voarweg (Kohlscheid) wählten die Kommunisten zu der Betriebsratswahl im Frühjahr 1931 eine Kandidatenliste mit 11 Namen ein. Da- von ließ sich Nr. 7 schon vor der Wahl streichen. Nr. 3 schied im September aus, Nr. 1 und 2 wurden wegen Aufforderung zum Streik am 1. Oktober 1931 entlassen. Nr. 4 legte am 4. Dezember sein Amt als Ausschußmitglied im Betriebsrat nieder. Nr. 6 wurde von seinen Genossen am 7. Dezember gegangen. Dasselbe passierte Nr. 9 am 9. Dezember. Beide schieden aus dem Betriebsrat aus. Desgleichen legte am 9. Dezember Nr. 5 sein Amt als Ausschußmitglied nieder.

Großartig, eine solche Einigkeit. Diese Einheitsfliegerei soll dadurch entstanden sein, daß sich diese kommunistischen Betriebsratsmitglieder mit den anderen für die Erwerblosen in Kohlscheid eingesetzt haben. Sie wollten mit den organisierten Betriebsräten gemeinsam dafür eintreten, daß die Erwerblosen einige Zentner Kohlen gratis vom G.W. erhalten sollten. Aber das durfte nicht geschehen, unter keinen Umständen durften die Erwerblosen Kohlen gratis erhalten. Nein, frieren müssen sie mit ihren Familien, weil es die kommunistischen Einheitsphrasen in Kohlscheid so wollen und auch beschloßen haben. Die Erwerblosen, die diese ihnen zugedachten einige Zentner Grattkohlen leider nicht erhalten, können sich bei dem H a r l und Genossen, die ununterbrochen von der Einigkeit und der Solidarität der Arbeiterklasse reden, für diese elende Schuftigkeit bedanken.

Kameraden, reißt diesen Heuchlern ihre kommunistische Maske vom Gesicht, werdet Mitglied im Verband der Bergbau-Industriearbeiter Deutschlands!

Nus Mitteldeutschland.

Der unsoziale Michel-Weihnachtsmann.

Auf den Michelwerken in Groß-Rayna (Geiseltal) kam in diesem Jahre eine geldliche Weihnachtsbeihilfe zur Verteilung, aber ohne Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte. Bei der Verteilung wurde der Grundlohn angewendet: wer nicht „artig“ war, bekommt die „Rute“. Also die „artigen“ Arbeiter, das sind die Gelben, bekamen je nach ihrer Bewertung eine Beihilfe von 5 bis 15 M., die „ungezogenen“ Arbeiter, das sind die freigewerkschaftlichen, bekamen die „Rute“, sie gingen leer aus, obwohl unter ihnen Arbeiter sind, die die meisten Feiertage verfahren mußten und insbesondere über starke Familien verfügen.

Das ist wahrhaftig eine „christliche“ Tat der Michelwerke! Die paßt zu der Arbeitsleistung, die vor Frömmigkeit fast überläuft. Dem Zweck, den die Michelwerke damit erreichen wollen, haben die organisierten Arbeiter längst durchschaut. Was man mit Druck und Terror nicht geschafft hat, das schafft man auch nicht mit diesem Köder. Die Arbeiter halten fest an der Organisation, sie lassen sich nicht zu Weihnachten einen Brocken hinwerfen, um dafür das ganze Jahr wie ein Hund behandelt zu werden und unter Larj zu arbeiten, wie die Gelben. Die Arbeiter verlangen keine Almosen, sondern menschenwürdige Entlohnung und Behandlung. Dieses Ziel zu erreichen, ist die Aufgabe des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Technische Revolution überall.

Wo die kapitalistische Produktion herrscht, hat die technische Umwälzung der Nachkriegszeit die Arbeitsweise vollständig verändert. Ueber die Ergebnisse der Rationalisierung in der Tschechoslowakei berichtet das Organ des tschechischen Fabrikarbeiterverbandes. Wir entnehmen daraus folgendes:

In einer Zementfabrik produzieren nach der Umstellung 350 Arbeiter täglich 150 Waggons gegen eine Leistung von 60 Waggons durch 650 Arbeiter bisher. Im Prager Gaswerk erzeugen 100 Arbeiter 36 000 m³ Gas, während bisher 570 Arbeiter nur 24 000 m³ fertigbrachten. Die Inbetriebnahme eines kleinen Automaten in einer Bürstenfabrik hatte die Steigerung der Leistungsfähigkeit um 35 Prozent und die Entlassung von 150 Arbeitern zur Folge. In einer Brüner Wollwarenfabrik wurden durch Einführung der pneumatischen Förderung der Wolle 50 bis 60 Prozent der bisherigen Belegschaft überflüssig und durch Einführung einer Ringspinnmaschine anstatt der Salfaktoren eine um 30 Prozent höhere Produktion bei Erparnis eines Drittels des Arbeiterstandes erzielt. In einer Weberei in Tepitz wurde durch Rationalisierung des Betriebes ermöglicht, daß ein Arbeiter 24 Maschinen bedient und dadurch die Arbeit der übrigen entbehrlich macht. Die Handarbeit von 200 Arbeitern wurde in einer Hutfabrik durch die Aufstellung von Blas-, Filz- und Bürstmaschinen ersetzt. Durch die Einführung der automatischen Zigarettenerzeugung vermochte die Joachimsthaler Tabakfabrik, die noch im Jahre 1923 1170 Arbeitern Beschäftigung gab, im Jahre 1928 das gleiche Produktionsquantum mit 598 Arbeitern zu erzeugen. Die Owensche Flaschenmaschine ersetzt bei Einstellung von 12 Arbeitern die Leistung von 80 bis 90 Arbeitern. Die Foucault-Maschine, deren es 71 in der Tschechoslowakei gibt, ermöglicht die Reduzierung von 40 Prozent der Belegschaft bei Verdoppelung der Produktion, so daß in der Flaschenindustrie heute nur 4000 Arbeiter beschäftigt sind, während es noch vor kurzem 6000 solcher Arbeiter gab.

UNSERE TOTEN

Linden (Ruhr). Gustav H ü s t e n g e n, Luß, 32 Jahre Mitglied. — Gleimth-Petersdorf. Josef S o i f a, erster Vertrauensmann. — Bochum III. Adam M a l k o f f, seit 1902 Mitglied. — Johann K ä m p e r. — Werden. Albert D e h m a n n, langjähriger Funktionär. — Ahlen II. Gustav S c h m i d t, langjähriges Mitglied, Unglücksfall. — Cullsh. Emil B r u n n e r, 72 Jahre alt, 26 Jahre Mitglied. — Staßfurt. Gustav W o i g t, 53 Jahre alt. — Bannewitz. Herm. W o l f, Mitglied seit 1918. — Freital II. Ludwig T i e h o r n, Mitglied seit 1918. — Ernst S c h u h m a n n, 69 Jahre alt. — Welsig. Rudolf M a c k e, 62 Jahre alt, seit 1918 Mitglied. — Kleinaundorf. Friedr. R u m b e r g, 58 Jahre alt, seit 1919 Mitglied. — Wurgwitz. Edmund E r f u r t h. — Seepfen. Karl D ö n n i g e s, seit 1903 Mitglied. — Gelsenkirchen VI. Johann R a h a, seit 1918 Mitglied. — Briesewiler. Max F i n k l e r, Unglücksfall. — Weltmar II. Heinz R i s c h e, 59 Jahre, 29 Jahre Mitglied. — Rud. L ö t e n, 55 Jahre alt, 33 Jahre Mitglied.

Ehre ihrem Andenken!

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co. Bochum, Wilmethausen Straße 33-42, zu beziehen.

Karl Severing. Eine Biographie von Dr. Hans Menzel. Historisch-politischer Verlag Berlin GmbH. Berlin SW. 68. Preis 1,25 M. — Die Schrift Dr. Menzels ist das erste Glied einer Reihe von Porträtskizzen, mit deren Herausgabe der H.P.W. den Versuch unternimmt, die verantwortlichen Führer des politischen Geschehens der letzten dreizehn Jahre dem Volke in ihrer geschichtlichen Bedeutung durch den Nebel der Parteipolitik und der Parteikämpfe hindurch sichtbar zu machen. In kurzen Strichen zeichnet der Verfasser das Lebensbild Karl Severings, eine der markantesten politischen Persönlichkeiten des neuen Deutschlands. Es ist eine fabelhafte Karriere, die den Wiesfelder Jungen vom Schloßlehrling zum Polizeiminister aufsteigen läßt, aber die wurde erst möglich unter der Demokratie, in der sich die im Volk schlummernden Kräfte frei entfalten können. Wie Karl Severing das wurde, was er heute ist, wie er durch die „hohe Schule“ der Gewerkschaftsarbeit ging, im Wirken in der Selbstverwaltung, als Parlamentarier und später — gebürtig im Feuer der Verantwortlichkeit großer politischer Missionen — in das Amt hineingewachsen, in dem er der Schöpfer der preussischen Polizei wurde, das zeichnet Hans Menzel in leidenschaftlichen Darlegungen auf, die uns ein klares Bild geben von dem Menschen, dem Politiker, dem republikanischen Führer Severing. So wird diese Schrift im republikanischen Lager Deutschlands mit Genugtuung begrüßt werden, sie wird auch überall da — und das macht ihren besonderen Wert aus — als eine Bereicherung der politischen Literatur angesehen werden; wo man objektiv genug ist auch dem politischen Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Meyers Lexikon, siebente Auflage in vollständig neuer Bearbeitung. Band XIII (Erster Ergänzungsband), Abenraa—England. In Halbleder gebunden 30 M. Verlag Bibliographisches Institut W.G., Leipzig. — Nachdem das Hauptwerk der großen Nachkriegsausgabe von „Meyers Lexikon“ in 12 Bänden abgeschlossen ist, beginnt der Verlag jetzt mit der Herausgabe eines dreibändigen Nachtrags (Band XIII bis XV), der rund 40 000 Stichwörter und Artikel mit 1200 Textabbildungen und 170 Tafeln, Karten und Beilagen umfassen soll. Der Zweck der drei Ergänzungsbände besteht darin, das Lexikon zu vervollständigen, da seit dem Erscheinen des ersten Bandes bereits wieder sieben buntbewegte Jahre verfloßen sind. Infolgedessen finden wir in dem vorliegenden Nachtragsband interessante und ausführliche Abhandlungen über die politischen Ereignisse sowie zahlreiche andere Themen und aktuelle Begriffe erörtert. Wer die ersten zwölf Bände besitzt, wird daher keinesfalls auf die wertvolle Vervollständigung verzichten wollen.

Das geduldige Albion. Roman von Paul Banks. Aus dem Englischen überfetzt von Karl Korn. 244 Seiten. Ganzleinen. Buchausstattung von Jan Tschichold. Verlag: „Der Bücherkreis“ GmbH., Berlin SW. 61. Preis 4,80 M. — Das stolze und reichengewandte ist nun auch in vollem Umfange in den Strahlen der Weltwirtschaftskrise hineingegriffen worden. Man mag nun auch noch so eifrig und gewissenhaft unsere Tageszeitungen und ihre Berichte über die Entwicklung in England verfolgen, immer wieder wird man dabei auf Vorgänge stoßen, für die dem nur die deutschen Verhältnisse kennenden Leser das Verständnis fehlt. Hier füllt dieses neue Buch eine schon lange fühlbare Lücke aus. Der interessante Inhalt, die flüssige Uebersetzung, die vorzügliche Ausstattung und nicht zuletzt kein niedriger Preis geben uns Veranlassung, diesen wirklich aktuellen Roman unseren Lesern auf das wärmste zu empfehlen.

GEG Kautabak
aus Deinem Konsumverein
Nichts ist würziger!

Sonder-Angebot
für Damen.
Während des Spontanausverkaufs
295
Aberstühle
530
Ladstühle

Konkurrenzlos horabgesetzte Preise!
Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!
Vertrauliches, best-reellstes christliches Haus!

Edel-Kanarien
wirklich feine Sänger der berühmten Harzer Meisterschule. M. 6. — und höher. Vorsänger, Zuchtpaare, Käfige, Futter, Vogelzettel, Hochinteresse. Preis mit wertv. Anregungen kostenlos.
Großzucht Heydenreich, Bad Suderode 15, Iaz

Musik-Instrumente
Jeder Art versendet gegen bequeme Ratenzahlung. Prospekt gratis.
Musikhaus Fischer, Berlin 21, Emdenerstr. 40

Schlafdecken m. kl. Fehlern
Nigergetreidestoff 140/190 cm 1,85 M.
weiß, geeignet f. warmes Bettuch 140/190 cm 3,45 M.
tarnfarbig 140/190 cm 3,45 M.
tarnfarbig, befederter Innenbetttuch 140/190 cm 5,15 M.
Innenbetttuch weiß 140/190 cm 2,60 M.
Berlang gegen Nachnahme. Rücksendendes nehme ich wieder zurück. Lisette Hering, Weiden 26 Opt.

Bei Magenleiden,
Magenleiden, Magenüberfüllung, Sodbrennen, Appetitlosigkeit usw. helfen die einfachen Naturmittel: Enzjanfakt und Wermutölft aus waldstein und sibirien. Sie stärken und reinigen den Magen, fördern Appetit und Verdauung. 31. nur je 1,50 M., Kuchenzug mit je 5 Bl. (H. 10 Bl.) 17. — M. (franco Nachnahme durch das Herbario-Kräuterparadies, Philippsburg 401 (Baden). Herstellung aller naturreinen Gemüße und Heilpflanzenstoffe. — Drohgüte gratis

PREISABBAU - Neue Gänsefedern
Mit Daunen, doppelt gereinigt Pfd. 2,50 und 3. — M., nur kl. Federn (Halbdaunen) Pfd. 4,50 u. 5. —, 1/2-Daunen Pfd. 5. — u. 7. — Daunen Pfd. 6. —, handgeriss. Federn 4. — bis allerf. 6,50. Voll-daunen (heer. füllend) Pfd. 9. — u. 10. —. Nur beste gewaschene u. entstarbte Ware. In Ihrem Interesse: Großes Muster verlangen! Nachnahmeendg. ab 5 Pfd. portofrei. Kein Risiko. Nichterfallend Rücknahme. — Ernst Wolberg, Neutrebbin 41. Aelteste Oderbrucher Bettfedern-Wäscherei.

Billige böhmische Bettfedern
Nur reine gutfüllende Sorten.
1. Bello große prächtige RRL 2,50, halbwichtige RRL 3. —, weiße RRL 4. —, bessere RRL 5. —, 2. Bello große prächtige RRL 7. —, 3. Bello große prächtige RRL 10. —, 4. Bello große prächtige RRL 12. —, weiße ungeschliffene RRL 15, 20 u. 7,50, keine Sorte RRL 9,50
Berlang portofrei, außerdem gegen Nachnahme. Weiter bei Umsturz und Rücknahme geeignet.
Benedikt Samjel, Lobes 209 bei Pillen in Böhmen.

Bettfedern
Berlang-Abtg. Berlin 62 Königl. 43 44.
Ankunft unmögl. wie man von Bettmässen sofort bestellt wird. Bitte Geschlecht angeben. Dr. med. Eisenbach, München 6, Dachauerstr. 15

Jedes Ehepaar
wird vor Not und Sorgen bewahrt durch das lehrreiche Buch eines erfahrenen Frauenarztes über die Verhütung der Empfängnis. Nur RM. 2. — portofrei.
Versand Hellas, Berlin-Lichterfelde 198.

EISU - Stahl-Betten
Schlafzimmer, Kinderbetten, Chaiselong, an jeden Teilschlaf. Katalog 302 frei. Eisenmabelfabrik Suhl (Thür.).
Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre
Gute Taschenuhr nur M. 1,90
Rt. 3 Herren-Alt-Uhrwermd. u. 1,90
Rt. 2. verbl. m. Goldr. Scham. 4,30
Rt. 5 m. bell. Werk. hoch. Rom. 4,20
Rt. 6 Sprungschloß, vergold. citg. Gehäuse gutes Werk. 6,50
Rt. 7 Damenuhr, verbl. 6,40
Rt. 8 Verbl. Uhr m. Riem. verbl. 3,30
Mitteltüte M. 0,30. Foppeltüte, g. verbl. 2,3. Ger. M. 1. —, Kapself. 0,25
Weder, la. Reisinger. . . 2,20
Jede Uhr: at ein 36 tündiges genau reguliertes Werk. Berlang gegen Nachnahme. 22 22 Katalog gen. gratis. Uhrenhaus Fr. Heinsche, Braunschweig 55. Gebl. 3. Jubiläumstag ca. 15 000 Uhren nach allen Ländern der Welt

Laubsagerei
Läufige Sa. 100 Stk. 1,50
J.Brendel-Müllerstr. 28
Läufige Sa. 100 Stk. 1,50

Bei ASTHMA
Katarren der Atmungsorgane / Grippe / Verschleimung / veraltetem Husten und Heiserkeit
erhalten Leidende von uns zur Aufklärung umsonst und portofrei eine mit Abbildungen versehene Broschüre über diese Krankheiten und deren gesundheitsfördernde, direkte, örtliche, d. h. innere Bekämpfung und Desinfektion mittels des „Puhmann-Inhalators“. Schreiben Sie eine Postkarte mit genauer Adresse und Sie erhalten dieses Buch gratis.
Puhmann & Co., Berlin O 716, Müggelstraße 25-25a.

Vollständig Kostenlos
den neuen farbigen Procht-Katalog mit vielen überraschend günstigen Kauf-Gelegenheiten, wie z. B. Beispiel Herrenarbeitsstiefel naturbraun Spallbind. 4.90
Sie haben! Bitte föhren Sie selbst!
Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft München K 54 m. b. H. Rosenstr. 11
BETTES 218 kommt nicht mehr in Frage, wenn Sie das soeben neu erschienenen Buch v. L. O. L. O. Vorbeugen, nicht abtrotzen! besitzen. Ein Ratgeber für Ehe- und Brautleute. Bei Voreinsendung auf Postscheck, Leipzig 840 2, 1. — Mk., Nacht. 1,25. Fordern Sie gratis unsere Liste B über Hygiene.
Versandhaus „Reform“, Gössau-Crimmitschau L 12

Sächsische Bettfedern
Fabr. P. Boyer, Deltzsch 79
Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4
sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten an Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen.
Feiner prima BETT-INLETT
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst und portofrei.

Gummi
gratis. Klebmittel. „Medicus“, Berlin SW 68. Die Zuckergasse 9.
Schweinefleisch
nett 9 Pfd. nur M. 2,95
30 Pfd. nur 9,30
Carlhamm, Warendorf
Wortorf, Holstein 38.

Als helfendes Gedächtnis unser unentbehrlicher Bergarbeiter-Taschenkalender 1932
Mit gutem statistischen Material und einer Chronik 1930/31 versehen, bietet er außer dem unterhaltenden Teil gute Hilfsmittel im täglichen Agitationskampf. — In guter Aufmachung beträgt der Preis nur 80 Pfennig. Bestellungen nehmen die Ortsverwaltungen entgegen.

Als helfendes Gedächtnis unser unentbehrlicher Bergarbeiter-Taschenkalender 1932
Mit gutem statistischen Material und einer Chronik 1930/31 versehen, bietet er außer dem unterhaltenden Teil gute Hilfsmittel im täglichen Agitationskampf. — In guter Aufmachung beträgt der Preis nur 80 Pfennig. Bestellungen nehmen die Ortsverwaltungen entgegen.